



Gedenkstätten Bundbrief

- 3 Das Zwillings-KZ von Mauthausen am Loiblpass
Peter Gstettner
- 13 Ausstellung »Spuren des Unrechts« in Torgau und die Zurücksetzung der Opfergruppe der NS-Militärjustizverfolgten
Rolf Surmann
- 22 Warum sollte es sie nichts angehen?
Berliner Stadtteilmütter begeben sich mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auf die Spuren nationalsozialistischer Geschichte
Jutta Weduwen
- 29 10 Jahre arbeiten mit Kindern in der »Euthanasi«-Gedenkstätte Hadamar
Regiene Gabriel
- 32 Neues Internetportal informiert über NS-Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg
Horst Seferens
- 33 Veranstaltungshinweise
- 38 Gedenkstättenpädagogik und soziale Arbeit
Werner Nickolai
- 39 Franziska Ehricht und Elke Gryglewski: GeschichteN teilen. Dokumentenkoffer für eine interkulturelle Pädagogik zum Nationalsozialismus
Akim Jah
- 40 Literaturhinweise

Titelfoto: Gedenkstätte des KZ-Außenlager Loibl Süd. Im Hintergrund das internationale Denkmal, Dezember 2009. Foto: Peter Gstettner
Siehe hierzu auch den Artikel von Peter Gstettner in diesem Heft.

Das Zwillings-KZ von Mauthausen am Loiblpass¹

Peter Gstettner

Die strategische Position des Loiblpasses

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs und nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Jugoslawien bekam der Loiblpass eine hohe militärstrategische Bedeutung. 1941 startete die Kärnten NS-Gauleitung die ersten Vorbereitungen für den Ausbau der Loiblstraße und für die geplante Untertunnelung der Passhöhe auf einem Niveau von ca. 1000 Meter ü.d.M. Im Mai 1941 wurden Projektierungsverträge zwischen zivilen Baufirmen und der staatlichen NS-Bauleitung geschlossen. Danach begannen die Vermessungs- und Straßenbauarbeiten unter der staatlichen Bauleitung der »Organisation Todt« (OT). Unterhalb des Loiblpasses wurde auf der Südseite im Städtchen Neumarkt/Tržič ein Zivilarbeitslager, das »OT Wohnlager Neumarkt«, eingerichtet. Im Sommer 1941 führten bewaffnete deutsche Polizei- und Gendarmerieeinheiten Razzien durch, die sich in erster Linie gegen die Widerstands- und Partisanengruppen der slowenischen Befreiungsfront OF (Osvobodilna Fronta) richteten.

Im Juli 1942 begannen die Terrassierungsarbeiten auf der Kärntner Seite des Loiblpasses und am 27. September 1942 erfolgte die »Proklamation« des Gauleiters von Kärnten, Dr. Friedrich Rainer, der als Chef der Zivilverwaltung auch die Okkupationsbehörden der Region Oberkrain (heute Gorenjska) unter sich hatte und mit Kärntner NS-Funktionären besetzte. In seiner Proklamation verfügte Gauleiter Rainer die Wehrpflicht im besetzten Oberkrain und die Regelung der zwangsweisen Arbeitsdienste. Dies verband er mit der Ankündigung des Ausbaus der Nord-Südverbindungsstraße über den Loibl. Damit war auch das Tunnelprojekt am Loiblpass angesprochen.

Am 11. März 1943 kam es zum Vertragsabschluss zwischen der staatlichen Bauleitung und dem Generalunternehmer »Universale Hoch- und Tiefbau AG«. Der Generalunternehmer verpflichtete seinerseits zivile Baufirmen zur Ausführung bestimmter Arbeitsaufgaben. Die Gauleitung ihrerseits sorgte dafür, dass das »Menschenmaterial« aus dem KZ Mauthausen bereitgestellt wurde.

Großbaustellen in Reichweite der Loibl-Konzentrationslager

Ende März 1943 begannen zivile Bauarbeiter und Mineure am Südportal den Tunnelanschlag. Am 3. Juni 1943 traf der erste Häftlingstransport mit 330 Häftlingen auf der Südseite des Loiblpasses ein, darunter 316 Franzosen, die im KZ Mauthausen für das so genannte »Kommando X« ausgewählt worden waren. Inzwischen waren die drei Lagerbereiche installiert: Das Zivilarbeiterlager für die Angehörigen der staatlichen Bauaufsicht und der zivilen Baufirmen, das SS- und Polizeilager für die KZ-Aufseher und zwei Konzentrationslager, eines auf der Südseite und eines auf der Nordseite des Loiblpasses. Die Verlegung in das Nordlager auf der Kärntner Seite galt als Strafverschärfung. Wegen der extremen Lage (niedrige Temperaturen und hoher Schnee im Winter, Hitze und Wassermangel im Sommer) und wegen der besonderen Brutalität der Aufseher wurde das Loibl KZ Nord zum Inbegriff der »Hölle in den Bergen«. Wegen der langen, schneereichen Wintermonate hieß das KZ Nord auch »das Gefängnis im Schnee«.

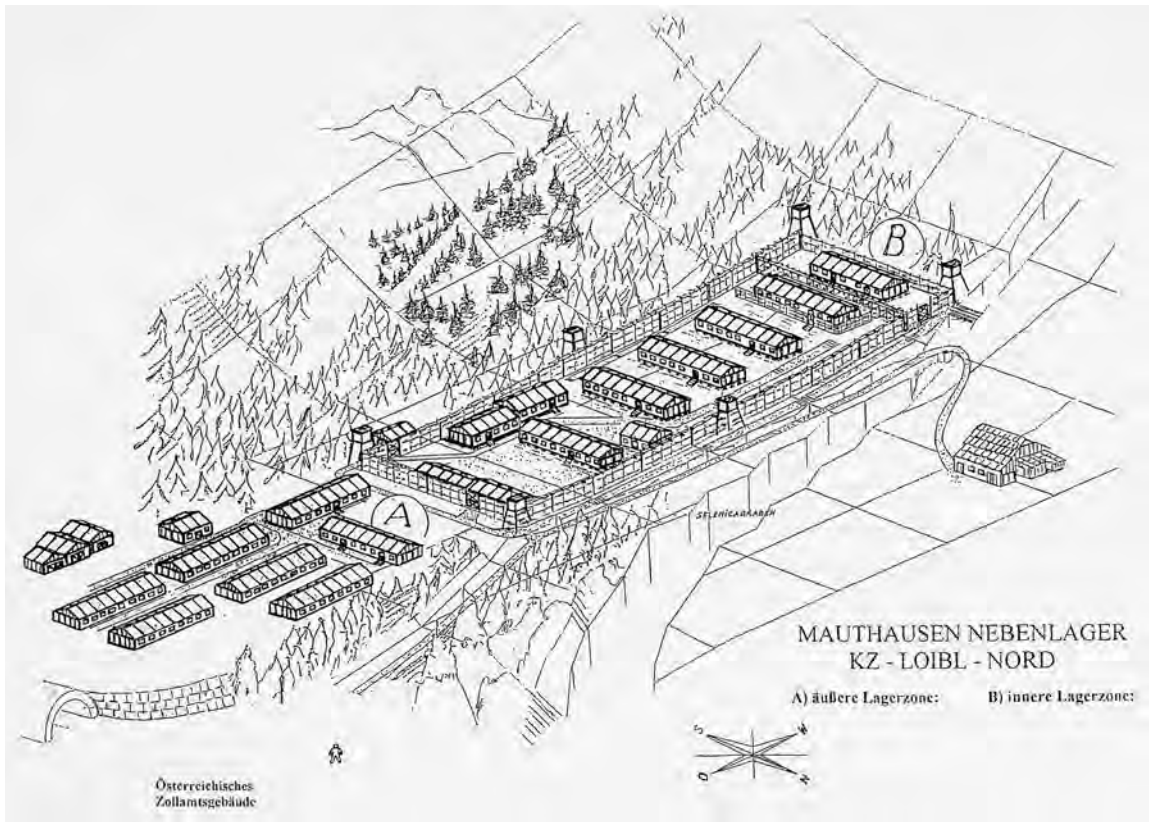
Ende Juni 1943 begannen Techniker der Baufirmen und Häftlingskommandos den Tunnelvortrieb von beiden Seiten aus. Fast jeden Monat trafen neue Häftlingstransporte am Loibl ein: Polen, Russen, Jugoslawen, Tschechen, Deutsche, Norweger, Luxemburger, Spanier, Ungarn und Häftlinge anderer Nationalität.

Die von Andreas Baumgartner und seinem Team ermittelte Gesamtzahl, die auch mit Namens- bzw. Transportlisten nunmehr vollständig belegt ist, beläuft sich auf 1636 KZ-Häftlinge, die in den Jahren 1943 bis 1945 auf den Loibl deportiert wurden. Hinzu kommen über 50 Häftlinge aus dem Geiselfängnis Begunje.²

In den Jahren zwischen 1943 und 1945 fand ein unterschiedlich starker »Häftlingsaustausch« statt. Die Häftlingstransporte, die nach Mauthausen zurückgingen, waren mit abgearbeiteten, erschöpften und erkrankten Häftlingen gefüllt. Einige Häftlinge wurden als »Strafmaßnahme« nach Mauthausen zurückgebracht, was zumeist einem Todesurteil gleichkam. Im Sommer 1944 erreichten die beiden Konzentrationslager am Loiblpass ihre maximale Belegungszahl mit insgesamt ca. 1300 Häftlingen.

Am 4. Dezember 1943 fand in Anwesenheit von Gauleiter Rainer, SS-General Rösener, KZ-Kommandant Winkler und zahlreichen Führern der staatlichen Bauleitung, die alle hochrangige NSDAP-Mitglieder waren, der Durchbruch des Tunnelstollens statt. Am 4. Dezember 1944, genau ein Jahr nach dem Tunneldurchbruch, konnten die ersten Wehrmachtsfahrzeuge den 1542 Meter langen Loibltunnel provisorisch befahren. Zu dieser Zeit konnte man schon folgende »Bilanz« ziehen:

- Die beiden Lager waren die höchst gelegenen Außenlager des Mauthausen-Systems (1000 Meter ü.M.) und hatten deshalb extreme klimatische Bedingungen, wobei das Nordlager auf der Kärntner Seite in Bezug auf Kälte, Abgeschiedenheit, Brutalität und Unmenschlichkeit das Südlager übertraf.
- Das Loibl KZ Süd lag als einziges Mauthausen Außenlager in einem von den Nazis eroberten und besetzten Gebiet – im heutigen Slowenien, das damals »Oberkrain« hieß und von der Kärntner Gauleitung verwaltet wurde.
- Die beiden Lager waren die einzigen Außenlager von Mauthausen, die von Beginn an direkt im Operationsgebiet der slowenischen Widerstandsbewegung lagen. Dadurch gab es die Möglichkeit, dass (slowenische) Zivilarbeiter und entflozene Häftlinge zu den Partisanen überliefen. Abgesehen davon hatte die Widerstandsbewegung auch »U-Boote« unter den Zivilarbeitern, die für Sabotage, Agitation und Kontakt zu den Häftlingen zuständig waren. Von keinem anderen Lager ist bekannt, dass es ein so dichtes und gut funktionierendes Netz von Unterstützung und Hilfe durch Zivilarbeiter und Partisanen gab. Auf diese Weise gelang es, Kassiber und Briefe aus dem Lager, Pakete und Medikamente ins Lager zu schmuggeln.
- Die Anzahl der geglückten Fluchten von KZ-Häftlingen war nirgendwo so groß wie hier. Von 29 Fluchten misslangen nur 7. Drei der wieder eingefangenen Häftlinge wurden gleich am Loibl erschossen, fünf nach Mauthausen zurück transportiert. 22 Fluchten waren erfolgreich, denn geflohene Häftlinge, die zu den Partisanen in die Wälder und Berge gelangten, waren gerettet.
- Von keinem anderen KZ ist bekannt, dass die Leichen der ermordeten Häftlinge auf einem Scheiterhaufen unter freiem Himmel verbrannt wurden. Dieser Ort war eine offene Grube, die mit Eisenschwellen bedeckt war. Auf der Nord- und Südseite gab es insgesamt 39 Häftlinge, die direkt im oder im Umfeld der Konzentrationslager gestorben sind oder umgebracht wurden.³ Diese Anzahl beinhaltet nicht die Opfer, die nach



Mauthausen zurück geschickt wurden, und auch nicht die, die noch nach dem 8. Mai 1945 an den Folgen der KZ-haft gestorben sind.

Der »Zusammenbruch« und der Engpass am Loibl

Das Loibl KZ Nord wurde bereits Mitte April 1945 aufgelöst, nach dem Partisanen die umgebende Polizeistationen und Militärposten angegriffen und besetzt hatten. Teilweise hatten sich auch Soldaten und Gendarmen den Partisanen angeschlossen. So war die Situation im Nordlager auf der Kärntner Seite für die SS in einem Maße unsicher geworden, dass die Internierten auf die Südseite des Loiblpasses verlegt werden mussten.

Im Loibl KZ Süd sollen die zivilen Baufirmen noch bis zum 6. Mai Arbeiter am Loibl beschäftigt haben. Von den Häftlingen wird der 5. Mai 1945 als ihr »letzter Arbeitstag« beschrieben. Die endgültige Auflösung des Loibl KZ Süd begann am 7. Mai 1945. Es traf an diesem Tag noch ein Evakuierungstransport auf Lkw mit Häftlingen aus dem KZ Klagenfurt-Lendorf ein. Nach dem weder von Klagenfurt noch vom Loibl aus die Häftlinge nach Mauthausen zurück transportiert werden konnten, wollte die SS offensichtlich dennoch einen geordneten Rückzug antreten, was aber angesichts der Masse von auf der Loiblstraße zurück flutenden Wehrmachtstruppen und Zivilpersonen fast unmöglich erschien.

In der Folge dieser chaotischen Endphase entschied sich der Lagerkommandant zu einem »Rückzug« auf drei Ebenen:

Rekonstruktion
des Loibl KZ Nord
Quelle: Josef Zausnig:
Der Loibl-Tunnel.
Das vergessene KZ an
der Südgrenze Öster-
reichs. Klagenfurt/
Celovec 1995, S. 69

- 21 Kranke und nicht transportfähige Internierte mussten im Südlager bleiben, begleitet von 2 freiwilligen Helfern, nämlich dem französischen Zahntechniker Roger Puybouffat und dem tschechischen Häftlingsarzt Dr. František Janouch. Die im Lager verbleibende Gruppe war die am meisten gefährdete, weil sie von den nach Kärnten flüchtenden slowenischen Nazikollaborateuren, die alle die Loiblstraße benutzten, als »Partisanenfreunde« angesehen wurde. Mit Gewehr- und Granatenfeuer wurden die zurückgelassenen Kranken in ihren Baracken von den zum Loiblpass flüchtenden Nazis beschossen.

- 100 jugoslawische Häftlinge, darunter 70 Slowenen, wurden vom Lagerkommandanten Winkler am Abend des 7. Mai einzeln oder in Kleingruppen entlassen. Winkler rechnete offenbar damit, dass die nach Neumarkt/Tržič kommenden ehemaligen Internierten, die durch ihre Frisuren und Häftlingskleider leicht zu identifizieren waren, von der slowenischen Landwehr wieder gefangen gesetzt würden. Die Landwehr konnte dann nach ihrem Gutdünken mit den ehemaligen Häftlingen, die als »Kommunisten« bzw. Partisanen zu den »Feinden« gezählt wurden, verfahren.

- Die größte Gruppe, die das Südlager Richtung Norden verließ, bestand aus ungefähr 950 Häftlingen, über die Hälfte davon waren Franzosen. 44 gut bewaffnete SS-Männer, die zunächst den Weg zum Tunneleingang frei machen mussten, waren zur Eskortierung dieser Gruppe abgestellt. Die Kolonne begann in den Morgenstunden des 7. Mai 1945 den Fußmarsch durch den Tunnel auf die Kärntner Seite. Ziel der führenden SS-Wachmannschaft war es, über die Stadt Ferlach und die Draubrücke in die Nähe von Klagenfurt zu kommen, wo bereits die Alliierten vermutet wurden. (Tatsächlich sollten am nächsten Tag, dem 8. Mai, britische Truppen aus Oberitalien kommend über das Kanaltal und Villach Klagenfurt erreichen.) Da der Marschweg der Kolonne durch das Loibltal und über die Draubrücke führen sollte, diese Route jedoch von Partisanen besetzt und kontrolliert wurde, waren sich die SS-Wachmannschaften selbst im »Schutz« der Häftlinge nicht sicher, ob sie gefahrlos den Weg mitten durch die über den Loibl zurückflutenden deutschen Truppen nehmen könnten. Wegen der schweren Gefechte, die die Deutschen den Partisanen vor Ferlach lieferten, musste der Häftlingsmarsch in ein Seitental, das Kärntner Rosental, ausweichen. Dort wurden die KZ-Häftlinge schließlich durch Partisanen am 8. Mai aus den Fängen der SS-Bewacher befreit, nach dem die Partisanen durch einige geflohene Internierte in der Nacht vorher auf diese Marschkolonne aufmerksam gemacht worden waren. Bei der Befreiungsaktion, an der die Männer des Lagerwiderstandes aktiv beteiligt waren, fielen 2 (Volksdeutsche) SS-Männer. Die anderen ehemaligen KZ-Bewacher wurden gefangen genommen und den Partisanen sowie den Briten übergeben.

Am 8. Mai 1945 setzten sich auch die SS-Eliten, der KZ-Kommandant, der Lagerarzt und die höheren SS-Funktionäre in Zivilkleidung endgültig vom Loibl KZ Süd durch den Tunnel in Richtung Klagenfurt ab. Auch sie kamen teilweise nur bis zur Draubrücke, wo sie von ehemaligen Häftlingen identifiziert und zur Festnahme den Partisanen übergeben wurden. Einigen NS-Tätern gelang es allerdings im allgemeinen Chaos, unerkannt zu bleiben oder sofort wieder die Flucht zu ergreifen.

Das Besondere an dieser Schlussphase der beiden Konzentrationslager vom Loibl sind folgende zwei Momente:

- Es gab keine anderen Mauthausen Außenlager, die so exponiert an einer Heeresstraße lagen, auf der sich im Mai 1945 große Teile der Deutschen Wehrmacht und SS vom

Balkan zurückzogen. Die Häftlinge der Loibl KZ waren dadurch zusätzlich gefährdet, weil sie für die Deutschen und für die slowenischen und kroatischen Kollaborationstruppen »Verbündete der Partisanen« waren.

■ Die Alliierten hatten keinen Anteil an der Befreiung des Lagers. Der Teil der Häftlingspopulation aus dem Südlager, der von der SS auf den »Todesmarsch« ins Rosental (Kärnten) geführt wurde, wurde von Partisanen befreit. Auf dem Marsch dienten die Häftlinge ihren Bewachern als »lebende Schutzschilder« gegen die Partisanen. Die britische Armee stieß am gleichen Tag (8. Mai 1945), aus Oberitalien kommend, über Tarvis und Villach nach Klagenfurt vor. Sie hatten keinen Auftrag, das KZ am Loiblpass zu befreien. Dass sie davon wussten, geht aus den alliierten Luftaufnahmen eindeutig hervor.

Die getrennten Wege der Erinnerung

Einige Tage nach dem 8. Mai 1945 wurde der Loibltunnel, durch dessen Mitte die Grenze zwischen Österreich und Jugoslawien verlief, mit Brettern und Stacheldraht verbarrikadiert, so dass ein Durchkommen unmöglich war. Auch der Grenzübergang an der alten Straße auf der Passhöhe wurde gesperrt und blieb es bis 1950. Ein legaler Grenzübertritt war also am Loibl von 1945 bis 1950 nicht möglich. Jugoslawische Grenzwachposten waren angehalten, jeden Versuch, die Grenze trotzdem zu überschreiten, mit dem Gebrauch der Schusswaffe zu beantworten.

Während der provisorisch gebaute und nicht fertig gestellte Straßentunnel weiter verfiel, wurde in den 50er und 60er Jahren der Verkehr wieder über die alte Passstraße abgewickelt, die natürlich auch nicht restauriert worden war. Das Land Kärnten war damals strikt dagegen, dass für den Ausbau und die Inbetriebnahme des Straßentunnels Geld ausgegeben würde. Man wollte weder eine wirtschaftliche noch eine ideologische Nähe zum »kommunistischen« Jugoslawien. Man befürchtete allen Ernstes, dass die Wiedereröffnung des Tunnels die »österreichischen Wirtschaftsinteressen« schädigen und auf »diesem bequemen Weg noch mehr Agitatoren« ins Land kommen würden.⁴

Trotz der Kärntner Widerstände wurde der Tunnel in den 60er Jahren von Jugoslawien und Österreich ausgebaut und 1964 dem Verkehr übergeben. Schon damals negierte man die Existenz des Mauthausen Außenlagers auf der österreichischen Seite und die Beteiligung der KZ-Häftlinge am Tunnelbau. Eine Einladung von Organisationen der KZ-Überlebenden zur Eröffnungsfeier hatte man »vergessen«.

Noch bedeutsamer für die Entwicklung der Kärntner Kultur des Vergessens und Verdrängens waren freilich andere Ereignisse. Es war gängige Praxis, dass man in den ersten Nachkriegsjahren man die Aburteilung der Nazi-Haupttäter den alliierten Militärgerichten überließ. Bei einem solchen Militärtribunal wurde der ehemalige Kärntner SS-Gauleiter und Reichsstatthalter Friedrich Rainer 1947 in Laibach/Ljubljana als »Henker des slowenischen Volkes« wegen seiner zahllosen Kriegsverbrechen im besetzten Gebiet von Oberkrain zum Tode verurteilt. Vor einem britisch-französischen Militärgericht in Klagenfurt standen die Hauptverantwortlichen der Konzentrationslager am Loiblpass. Die Urteile wurden am 10. Oktober 1947 verkündet: »Tod durch Erhängen« für den KZ-Kommandanten, SS-Hauptsturmführer Jakob Winkler, und für den stellvertretenden Lagerführer, SS-Oberscharführer Walter Brietzke. Der KZ-Standortarzt, SS-Hauptsturmführer Sigbert Ramsauer, erhielt »lebenslänglich« – und war 1954 bereits wieder ein freier Mann, der sich bald darauf mit Erfolg an eine führende Stelle im

Landeskrankenhaus in Klagenfurt bewarb. Zwei SS-Unterscharführer, die zwar auch »Folterknechte« waren, aber vergleichsweise weniger fest auf die Häftlinge eingeschlagen hatten, wurden freigesprochen. Alle übrigen mitangeklagten SS-Schergen und KZ-Kapos bekamen mehr oder weniger langjährige Haftstrafen. Anfang der 50er Jahre waren alle schon längst wieder auf freiem Fuß.

Während die Nachkriegsprozesse von 1946/47 noch von einer erheblichen medialen Aufmerksamkeit begleitet waren, versiegte dieses in den darauf folgenden Jahren sehr rasch. Ebenso eilig hatte es die Kärntner Gesellschaft mit der Löschung ihres Gedächtnisses. Eine wesentliche Rolle beim Kärntner Abwehrkampf gegen die unerwünschte Erinnerung an das Loibl KZ Nord spielte auch der Umstand, dass der Partisanenkampf von der offiziellen Politik Jahrzehnte lang diskreditiert worden war. In der Landesgeschichtsschreibung kam er allenfalls als stark negativ gefärbte Episode der Nachkriegsgeschichte vor, nämlich als »Rachefeldzug« und »Abrechnungsfuror« der Partisanen, die in »Friedenzeiten« (so wurden die Wochen nach dem 8. Mai 1945 genannt) »heimatentreue Kärntner« nach Jugoslawien verschleppt und dort umgebracht hätten.⁵

Während in Slowenien die NS-Tatorte bereits in den 50er Jahren zu nationalen Gedenkstätten erklärt und mit repräsentativen Denkmälern und jährlich wiederkehrenden Erinnerungsritualen ausgestattet wurden, ließ man in Kärnten buchstäblich Gras über diese Sache wachsen und arbeitete an der nachhaltigen Verdrängung der eigenen Beteiligung an den NS-Gräueln in der Region. Augenscheinliches Beispiel dafür liefern die ehemaligen Konzentrationslager am Loiblpass. Beim Südlager ließ die slowenische Regierung 1954 ein imposantes Denkmal errichten, auf dem in allen Sprachen der Opferländer Gedenktafeln montiert sind. In der Mitte steht auf einem Steinsockel mit der Inschrift »J'accuse!« ein eindrucksvolles Denkmal des slowenischen Künstlers Boris Kobe: Ein Skelett aus Gusseisen mit zum Himmel erhobenen Armen klagt an. Das Gelände selbst wurde zur historischen Gedenkstätte erklärt und die Fundamente der ehemaligen Baracken gekennzeichnet. Auch das »Krematorium« wurde zugänglich gemacht und mit einem Gedenkstein versehen.

Die Republik Slowenien stellt 1999 das gesamte Areal des ehemaligen Loibl KZ Süd unter Denkmalschutz und erklärt es zum »Kulturdenkmal von staatlicher Bedeutung«. Das ehemalige KZ-Gelände mit den Terrassen und den authentischen Fundamenten wurde viersprachig markiert und den Besuchern topografisch erklärt. Am 26. Mai 2000 wurde das kleine Museum vor Ort im Kellergeschoss einer Gaststätte eröffnet. Dieses Gebäude, das nach dem 2. Weltkrieg als jugoslawische Grenzpolizeikaserne erbaut wurde, steht an jenem Ort, an dem sich das Zivillager Loibl Süd befand, dessen Baracken nach der Befreiung abgebrannt wurden.

Die Tradition der jährlichen Internationalen Gedenkfeiern führte die junge Republik Slowenien fort, obwohl die Position der ehemaligen Partisanen und KZ-Überlebenden durch den Systemwandel und durch die neu gewählte Mitte-rechts-Regierung erheblich geschwächt wurde. Der Tag der Gedenkfeier, an dem mehrere Tausend Besucher zum Loibl kommen, hat aber nach wie vor den Status eines »Nationalfeiertages«.

Die Geschichte des Gedenkortes des ehemaligen Loibl KZ Nord ist bezüglich der Erinnerungstradition von der des Südlagers so grundverschieden, wie es die Nachkriegsgeschichten von Slowenien und Kärnten bis heute sind. Bis zum Jahre 1995 deutete alles darauf hin, dass Kärnten und Österreich an diesen Schandplatz durch nichts und niemanden erinnert werden wollten. Es gab weder historische Forschungen zu diesem



Loibl Nord.
Alliiertes Luftbild
Sommer 1944 –
Arbeitslager und KZ
Quelle: Fotoarchiv
der KZ-Gedenkstätte
Mauthausen

»dunklen Kapitel« noch deutschsprachige Publikationen, die dem KZ-Geschehen am Loibpass gewidmet waren. Zwei unscheinbare Steintafeln, die sich kaum vom Tunnelportal abhoben und, wie damals üblich, sehr allgemein textiert waren, blieben für die Autofahrer unbemerkt, weil das Anhalten vor der Einfahrt in den Tunnel verboten war. Und Fußgänger gab es keine, denn zwischen der österreichischen Zollstation auf der Nordseite und der slowenischen auf der Südseite war von der Grenzpolizei streng überwacht »Niemandland«.

Während Mauthausen schon längst ein fester Bestandteil der politischen Bildung war, blieb das Loibl KZ Nord ein weißer Fleck in der österreichischen Erinnerungslandschaft. Man ließ 50 Jahre lang Gras, Gebüsch und inzwischen auch schon haushohe Bäume über die Fundamente des Loibl KZ Nord wachsen und negierte die Beteiligung Kärntens an der »Baustelle des Todes«, wie dieser Ort in der Terminologie der Deportierten hieß.

Wir hatten es also bei Beginn unserer Recherchen mit einer kollektiven Verdrängungsleistung zu tun, die durch das jahrelange Verschweigen der Verbrechen der lokalen SS- und Nazi-Größen dem allgemeinen »Vergessen« entgegen kam, eine Verdrängungsleistung, von der aus es nur ein kleiner Schritt war zur Verherrlichung der »Helden« des 2. Weltkrieges bei den Kärntner Ulrichsbergfeiern und zu Jörg Haiders Lobrede im Herbst 1995 auf die vorbildlichen »lieben Freunde« der ehemaligen SS.⁶

Im selben Jahr (1995) wurde jedoch der Schweigekonsens gebrochen. Eine kleine Gruppe engagierter Wissenschaftler der Universität Klagenfurt gründete die Gruppe »Mauthausen Aktiv Kärnten/Koroška« (heute: Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška) und begann mit der Aufarbeitung und öffentlichen Thematisierung der Geschichte der Mauthausen Nebenlager in Kärnten. Es entstand eine Buchpublikation⁷, eine

Wanderausstellung und zwei große Informations- und Hinweistafeln bei der österreichischen Zollstation am Loiblpass. Bei einer viel beachteten Gedenkveranstaltung wurden diese Tafeln am 10. Juni 1995 unter Anwesenheit des Österreichischen Innenministers, des Kärntner Landeshauptmannes und seiner zwei Stellvertreter sowie zahlreicher Repräsentanten des öffentlichen Lebens und ehemaliger Häftlinge enthüllt. Es war von starker politischer Symbolik, als erstmals ein österreichisches Regierungsmitglied im Ministerrat (Innenminister Caspar Einem) und der Kärntner Landeshauptmann (Christoph Zernatto) beim österreichischen Tunnelportal und bei der slowenischen Gedenkstätte Kränze niederlegten und Gedenkworte sprachen. Dadurch wurden erstmals die Bande der internationalen und nachbarschaftlichen Erinnerung an die gemeinsame Geschichte in der Nazizeit unterstrichen.

Die nun jährlich folgenden Gedenkveranstaltungen entwickelten sich zu grenzüberschreitenden internationalen Ereignissen, die von einem breiten positiven Medienecho begleitet waren. In einem Telegramm von Simon Wiesenthal 1996 an die Versammlung hieß es u.a.: »Wir Überlebende, wir Zeitzeugen, werden immer weniger, daher ist es unsere unabdingbare Verpflichtung, unser Wissen und die Erkenntnisse aus unseren Erfahrungen – solange wir die Kraft dazu haben – nicht mit uns sterben zu lassen. Wir müssen sie weitergeben, wir müssen den nachfolgenden Generationen schildern, was Menschen anderen Menschen antun können.«

Tatsächlich besuchten seither alljährlich mehrfach Kärntner Schulklassen diesen Tatort. Außergewöhnlich gut besuchte mehrtägige Lehrerfortbildungsseminare des Pädagogischen Instituts wurden zur Loibl KZ Thematik abgehalten. Die ersten Schritte zur Realisierung einer würdigen Gedenkstätte beim ehemaligen KZ auf der Nordseite ließen jedoch noch mehr als zehn Jahre auf sich warten. Vollends prekär wurde die Situation, als im Herbst 2003 im Zuge der Tunnelsanierung der ehemalige Appellplatz mit Schotter- und Gesteinsmaterial gefüllt wurde und die darunter liegenden noch vorhandenen Fundamentreste stark beschädigt wurden. Es dauerte in der Folge vier Jahre, bis das Material abgetragen und der entstandene Schaden vollends sichtbar wurde.

Obwohl das ehemalige KZ-Areal sich zu diesem Zeitpunkt noch im Privatbesitz befand, gelang es der Initiative, das Gelände unter Denkmalschutz stellen zu lassen. Nach langwierigen Verhandlungen konnte das Areal schließlich im Sommer 2008 von der Republik Österreich gepachtet werden. Damit waren die rechtlichen Voraussetzungen für die konkrete Inangriffnahme der Gedenkstättenplanung gegeben.

Das Bundesdenkmalamt führte im September 2008 erstmals Freilegungsarbeiten und Sondierungsgrabungen durch, die vielversprechende Ergebnisse brachten und bestätigten, dass noch genügend Strukturen und Artefakte vorhanden sind, die den Ort für eine KZ-Gedenkstätte geeignet erscheinen lassen. Im Sommer 2009 wurde der KZ-Bereich im Umfang der ehemaligen Stacheldrahtumzäunung vom Baumbewuchs freigelegt. So wurde der Ort des ehemaligen Nordlagers, der förmlich durch die Natur zum Verschwinden gebracht worden war, in seiner räumlichen Dimension wieder sichtbar.

In weiterer Folge sollen kontinuierlich durchgeführte Arbeiten zur Freilegung von Fundamenten und archäologische Grabungen weitere wichtige KZ-Strukturen zu Tage bringen. Überdies soll ein Lagermodell, das die entsprechende Kommentierung, Markierung und Beschriftung am Areal selbst ergänzt, dem Besucher eine übersichtliche Darstellung der Größe und Topografie des ehemaligen Lagerareals bieten. Das im Sommer 2009 fertig gestellte »Konzept für die KZ-Gedenkstätte Loibl-Nord« sieht



Die zugewachsenen Fundamente der KZ-Waschbaracke, Loibl Nord, vor der Rodung im August 2008. Foto: P. Gstettner

weitere Rekonstruktionen von Erinnerungszeichen vor, deren Realisierungschancen im wesentlichen von der Finanzierbarkeit abhängen werden⁸:

Der Prozesscharakter der Grabungs- und Freilegungsarbeiten soll im Sinne der doppelten Bedeutung von KZ-Gedenkstätten betrachtet werden: Es soll eine Wissenserweiterung stattfinden, die etwas initiiert, was dem Bildungsprozess inhärent ist. Der Pädagoge Hartmut von Hentig hat dies so auf den Begriff gebracht: »Die Sachverhalte klären – die Menschen stärken«. Die andere Bedeutung liegt in der Aktivität, unter der Oberfläche des Alltagsbewusstseins zu graben und dabei Entdeckungen zu machen, die auch die eigene Person bzw. Biografie betreffen können.

Die Kommentierung des Ortes wird einer der Hauptarbeiten von Jugendlichen in den alljährlich zu organisierenden Workshops sein. Zum einem kann in einem Diskussionsprozess mit den Jugendlichen die inhaltliche Auswahl der Arbeitsbereiche erfolgen. Zum anderen werden Überlegungen notwendig sein, wie durch das Aufstellen entsprechender mehrsprachiger Hinweisschilder und Informationstafeln die BesucherInnen zur und durch die Gedenkstätte zu führen sind.

Längerfristig ist ein markierter »Erinnerungsweg« geplant, der über die alte Passstraße führt und die thematische Verbindung zwischen den beiden KZ-Gedenkstätten herstellt. Hierbei soll der ehemalige Weg, den die Häftlinge anfangs zurücklegen mussten, um die jeweils andere Seite des Tunnelseingangs zu erreichen, in Erinnerung gerufen werden. An den markanten Stellen des Weges sollen Informationstafeln aufgestellt werden, die u.a. Häftlingerinnerungen und Aussagen von Überlebenden und Zeitzeugen beinhalten.

Die Gedenkstättenarbeit an den Nebenlagern von Mauthausen weist einen Rückstand von einem halben Jahrhundert auf. Dies gilt zumindest für das Kärntner Nordlager

am Loibl im Vergleich zum slowenischen Südlager; es gilt aber auch für die meisten Nebenlager im Vergleich zum Mauthausen-Hauptlager. Dieser Rückstand kann nicht in einigen Jahren aufgeholt werden.

Statt teurer Prestigeprojekte, die auf die Imagepolitik des Landes ausgerichtet sind und statt kostengünstiger Sparvarianten bei der Etablierung der KZ- Gedenkstätte, schlagen wir deshalb eine intensive und reflexive Beschäftigung mit jenen Orten vor, die im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung bisher eine Leerstelle bilden und die für die Verfolgung, Entrechtung, Misshandlung und das konkrete Leid stehen, aber auch für Überleben, Widerstand und Solidarität. Wir gehen davon aus, dass die Vergangenheit an diesen Orten als »untergründige Spur« noch so gegenwärtig ist, dass durch das Erforschen und Erzählen der Geschichte dieser Orte und durch das nachdenkliche Verweilen die menschliche Sensibilität für die Vergangenheit eine ganz besonderen Qualität erhalten kann.

Prof. Dr. Peter Gstettner, emeritierter Leiter des Instituts für interkulturelle Bildungsforschung Klagenfurt-Villach ist Vorstandmitglied im Mauthausen Komitee Österreich und Kärnten/Koroška sowie in den Vereinen »Memorial Kärnten Koroška« und Društvo Peršman.

- 1 Folgende Monografien stellen die wichtigsten Quellen für diesen Bericht dar: Josef Zausnig: Der Loibl-Tunnel. Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. Drava-Verlag, Klagenfurt/Celovec 1995; František Janouch: Selbst der Teufel würde erröten. Briefe meines Vaters aus der Hölle von Auschwitz und aus dem KZ am Loiblpass. edition mauthausen, Wien 2006; Janko Tišler/Christian Tessier: Das Loibl-KZ. Die Geschichte des Mauthausen-Außenlagers am Loiblpass/Ljubelj. Mauthausen-Schriftenreihe, Wien 2007; Andreas Baumgartner (Projektleiter): Die Häftlinge des Loibl-KZ. Ein Gedenkbuch. edition mauthausen, Wien 2010
- 2 Das Geiselgefängnis in Begunje, ca. 15 km südlich des Loiblpasses gelegen, war als Gestapogefängnis im besetzten Oberkain ebenfalls ein Horrorprodukt der Kärntner NS-Gauperwaltung. Es existierte von 1941 bis 1945. Hier wurden insgesamt über 12 000 Menschen, darunter etwa auch etwa 2 000 Frauen und 400 Kinder, aus der deutsch besetzten Zone von Slowenien und Oberitalien gefangen gehalten. Die meisten davon, ungefähr 95 Prozent, wurden im Zusammenhang mit Widerstands- und Partisanentätigkeiten oder wegen des Verdachts der Unterstützung von Partisanen verhaftet. Mehr als ein Drittel davon überstellte die Gestapo in AEL/Arbeitserziehungslager und in deutsche Konzentrationslager, wie Dachau, Mauthausen, Auschwitz u.a. 1.270 Menschen wurden an Ort und Stelle erschlagen, erschossen oder erhängt. Die restlichen wurde nach grausamen Verhören und Folterungen bedingt entlassen oder für die Wehrmacht zwangsmobilisiert. Zu Kriegsende wurde Begunje Anfang Mai 1945 von jugoslawischen Partisanen zwei Tage lang belagert. Am 4. Mai konnten bei einer kampflosen Übergabe 632 Gefangene befreit werden.
- 3 Die Namen der 39 Opfer sind Dank der Recherchen des Zeitzeugen Janko Tišler (gest. 2007) und der neuen Forschungen des sozialwissenschaftlichen Büros von Andreas Baumgartner (Projektbericht 2010) gesichert
- 4 Zeitschrift »Die Kärntner Landsmannschaft«, Heft 1/1961; zit. nach Hans M. Tuschar: Ferlach. Geschichte und Geschichten. Klagenfurt 1996, S. 173
- 5 Dieses historische Faktum wird heute von der Geschichtswissenschaft wesentlich nüchterner betrachtet. Die meisten »Heimattreuen« entpuppten sich als aktive Nazis, als Parteigänger und Sympathisanten. Vgl. z. B. Brigitte Entner: Vergessene Opfer? Die »Verschleppten« vom Mai 1945 im Spiegel historischer Aufarbeitung und regionaler Geschichtspolitik. www.uni-klu.ac.at/his/downloads/Beitrag_Entner.pdf
- 6 Vgl.: Walter Fanta und Valentin Sima: »Stehst mitten drin im Land«. Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von den Anfängen bis heute. Klagenfurt/Celovec 2003
- 7 Josef Zausnig: Der Loibl-Tunnel. Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. Klagenfurt/Celovec 1995
- 8 »Konzept für die KZ-Gedenkstätte Loibl-Nord«, im Auftrag des Österreichischen Innenministeriums erstellt von Peter Gstettner., Stephan Matyus und Jochen Wollner, Wien, Juni 2009 (Bezug über: peter.gstettner@aon.at).

Ausstellung »Spuren des Unrechts« in Torgau und die Zurücksetzung der Opfergruppe der NS-Militärjustizverfolgten

Rolf Surmann

Erinnerungspolitik. Die sächsische Variante

Sächsische Erinnerungspolitik hat mehr als lediglich regionale Bedeutung. Mit ihrer Grundorientierung, die Verbrechen des NS-Regimes gegen die Menschheit und Unrecht wie auch menschenverachtendes Staatshandeln nach 1945 zunächst in der SBZ, dann in der DDR weitestgehend gleichzusetzen, geht sie von einer Position aus, wie sie heute in ähnlicher Weise vor allem von einigen osteuropäischen Staaten vertreten wird, die auf europäischer Ebene wie zum Beispiel bei der OSZE oder auch beim Europaparlament durchaus Resonanz erzielen. Bundespolitisch erlangte sie Bedeutung, als die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrem ersten Entwurf zur »Förderung von Gedenkstätten zur Diktatur-Geschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen« – dem sogenannten »Nooke-Papier« – den Ende der 90er Jahre ausgehandelten erinnerungspolitischen Kompromiss, der in der »Faulenbach-Formel« seinen Ausdruck fand, aufkündigte. So heißt es in diesem Entwurf: »Zur Umsetzung eines beide Diktaturen in Deutschland berücksichtigenden, integralen Konzeptes sind inhaltliche, administrative und finanzielle Fragen und Beteiligungen von Bund und Ländern zu klären. Dabei kann an das »Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft«, das der Sächsische Landtag am 28. Februar 2003 beschlossen hat, angeknüpft werden.«¹

Das sächsische Gedenkstattengesetz war der letzte Anlass für die NS-Opferverbände 2004 ihre Gremienarbeit in der »Stiftung Sächsische Gedenkstätten« einzustellen. Sie hielten nicht nur die geschichtspolitische Terminologie für verfehlt, sondern sahen sich auch in ihren Vertretungsmöglichkeiten benachteiligt.² Ein wichtiger Punkt war, dass die Verbände der NS-Opfer und der Nach-45-Verfolgten in gemeinsamen Gremien zu tagen hatten, wobei die letzteren aufgrund der Gremienzusammensetzung durchgängig das Vertretungsrecht auf der nächst höheren Ebene erhielten. 2007 erneuerten die NS-Opfer- und Betroffenen-Verbände ihre Kritik in der »Leipziger Erklärung«. »Für alle Vertreter der NS-Opfer- und Betroffenen-Verbände, die vor nunmehr fast vier Jahren die Gremien der Stiftung unter Protest verließen, stellt sich diese Politik als Versuch der Parallelisierung von nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschheit und der Unterdrückung und Verfolgung nach dem II. Weltkrieg in der SBZ/DDR dar. Wir sehen in dieser Entwicklung eine Verharmlosung des Nationalsozialismus.«³

Auf Bundesebene ist das »Nooke-Papier« bekanntlich in wesentlichen Punkten modifiziert worden. Doch hatte diese Entscheidung kaum Rückwirkung auf die sächsische Geschichtspolitik. Zwar erklärte die damals zuständige Ministerin Frau Eva-Maria Stange vom kleineren Koalitionspartner SPD eine Überarbeitung des Stiftungsgesetzes auf der Grundlage der bundespolitischen Beschlussfassung sowie der Stellungnahmen der NS-Opferverbände anzustreben, doch fehlte ihr in der mittlerweile zerbrochenen Koalition der politische Rückhalt.

Die Konsequenzen dieser Politik im Detail zeigen sich besonders eindrücklich an einem Konflikt, den die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz seit nunmehr fast zwanzig Jahren mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten bzw. deren Vorläufern austrägt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Ausstellung »Spuren des Unrechts« und die Gedenkstätte vor Fort Zinna in Torgau. Nicht umfassend – hierfür fehlt der nötige Platz –, doch an einigen signifikanten Beispielen sollen die Unterschiede im zeitgeschichtlichen Verständnis benannt werden.

Die Ausstellung »Spuren des Unrechts«

Nach langjähriger Präsentation von einzelnen Teilen eröffnete die Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2004 auf Schloss Hartenfels in Torgau die vollständige Ausstellung »Spuren des Unrechts«. Ihr unmittelbarer Anlass ist der Umstand, dass die Kleinstadt Torgau in der Nazi-Zeit ein exemplarischer Schauplatz für einen Teil der NS-Justiz war. Denn seit 1943 residierte dort das Reichskriegsgericht. Hinzu kamen die Militärgefängnisse Fort Zinna – das größte in Deutschland – und Brückenkopf sowie zwei temporäre Feldstraflager. Zusammen bildeten sie das Zentrum der NS-Militärjustiz. Nach 1945 nutzte die Sowjetische Militäradministration Fort Zinna ähnlich wie die Briten Neuengamme oder die Amerikaner Dachau als Internierungslager (sowjetische Diktion: Speziallager). Ab 1950 wurde das Festungsgebäude zu einer Einrichtung des DDR-Strafvollzugs. Heute ist es eine Justizvollzugsanstalt.

Das Thema der Ausstellung sind drei Varianten von Justiz- bzw. Haftunrecht: verantwortet von der NS-Militärjustiz, der sowjetischen Militärverwaltung und der DDR-Justiz. Sie ist entsprechend dieser Themenschwerpunkte in drei ineinander übergehende Bereiche gegliedert. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung über die Ausstellung stehen drei Themen: Erstens geht es um den Schwerpunkt der Ausstellung, der nach Ansicht der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz auf der Darstellung der NS-Militärjustiz und ihren Opfern liegen soll. Zweitens verlangt die Bundesvereinigung mit dem Argument, dass nach 1945 in Torgau auch Menschen inhaftiert worden seien, die während der Nazi-Herrschaft in allgemeiner Weise und auch ihnen persönlich gegenüber als Täter agiert hätten, eine deutliche Abgrenzung zu den beiden anderen Ausstellungsteilen. Drittens kritisiert sie grundsätzlich einen unklaren Täterbegriff, der zur Exkulpierung von NS-Tätern führe bzw. diese unter Berufung auf ihr Haftschicksal nach 1945 zu Opfern erkläre.

Zur Strukturierung der Ausstellung

Die Ausstellung beginnt mit einer summarischen Darstellung der Geschichte des Gefängnisses Fort Zinna, das ursprünglich auf Veranlassung Napoleons als Teil eines Festungsbauwerks errichtet worden war. Doch belässt sie es bei der Benennung der historischen Nutzungsformen und versucht nicht, Rechtsphilosophie und Strafsystem sowie die hiermit korrespondierende Inhaftierungspraxis zu thematisieren. Dies wäre angesichts der erstaunlich langen Nutzung der Gebäude für den Strafvollzug in unterschiedlichen politischen Kulturen eine Chance, die entsprechenden Vorstellungen im europäischen Rechtsverständnis – wie sie zum Beispiel durch Foucaults Analyse des Überwachens und Strafens⁴ in der bürgerlichen Moderne thematisiert wurden – zumindest auf elementarer Ebene zu reflektieren. Hiervon ausgehend hätten die in der Ausstellung dargestellten unterschiedlichen Formen von Staatsunrecht spezifisch

untersucht, bewertet und nicht zuletzt Kriterien für ein gegenwartsbezogenes Urteilsvermögen entwickelt werden können.

Die Kuratoren der Ausstellung verlassen sich jedoch hinsichtlich des zentralen Begriffs »Unrecht« auf die Evidenz ihres Ansatzes. Entsprechend werden die benannten drei Phasen von Justiz- und Inhaftierungsunrecht lediglich aneinandergesetzt. Weder die Nutzung von Fort Zinna als Konzentrationslager direkt nach 1933 noch die politische und juristische Diskriminierung der NS-Militärjustiz-Opfer nach 1945 in der Bundesrepublik, zu der es interessante Parallelen in der DDR gibt, werden thematisiert. Es mag eingewendet werden, eine solche Konzeption übersteige qualitativ wie quantitativ die Intentionen des Projekts. Doch bleibt die Frage, ob mit dem gewählten Ansatz eine hinreichende Antwort auf die selbstgesetzte Themenstellung gegeben werden kann.

Die Schwerpunktcontroverse

Der Umstand, dass es in Torgau überhaupt zu einer Kontroverse über die Schwerpunktsetzung des Erinnerns und Gedenkens kommen konnte, ist eigentlich erstaunlich. Denn nicht nur die Geschichte des Ortes ist angesichts der bereits benannten historischen Prägung durch die NS-Militärjustiz in dieser Hinsicht eindeutig, sondern auch die politische Beschlusslage. In einer Unterrichtung der Bundesregierung über die Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung und einem anschließenden Bericht über die Beteiligung des Bundes an der Förderung einzelner Gedenkstätten heißt es: »Das DIZ Torgau setzt sich für die Aufarbeitung des Unrechts in den verschiedenen Verfolgungsperioden des 20. Jahrhunderts in Torgau ein. Es legt dabei den Schwerpunkt auf das Bewahren der Erinnerung an die Opfer der Wehrmachtjustiz.«⁵ Parallel hierzu wurde zur Gedenkstätte Bautzen festgehalten, hier solle »das Unrecht in den beiden Bautzener Gefängnissen während der nationalsozialistischen Diktatur, der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur dokumentiert werden, wobei der Schwerpunkt auf der Information über das Unrecht zwischen 1945 und 1989 liegen«⁶ werde.

Diese inhaltliche Festlegung ist nicht umgesetzt worden. Auf Schloss Hartenfels haben wir neben einem Vorraum zur Stadt- und Gefängnisgeschichte eine thematische Drittelung mit der Konsequenz, dass die Zeit nach 1945 umfassender dokumentiert ist als die Verbrechen der NS-Militärjustiz. Im Pendant Bautzen ist nach 1989 überhaupt nicht an die Opfer der NS-Diktatur erinnert, sondern ausschließlich das Unrecht von 1945 bis 1989 dargestellt worden. Allerdings gibt es mittlerweile nach entsprechenden Initiativen der Bundesvereinigung eine Absichtserklärung der Stiftung, diesen Zustand zu verändern, die wohl zu ersten konzeptionellen Überlegungen geführt hat.

Zur Begründung einer solchen Erinnerungsgestaltung wurde manchmal auf eine angebliche Trias der Verfolgungsperioden verwiesen. Doch selbst wenn man sie akzeptierte und andere Unrechtsformen wie das frühe KZ ignorierte, erklärt sie nicht die Zurücksetzung der NS-Opfer in Sachsen. Dies zeigen sowohl Lösungen, die man in anderen Bundesländern für ähnliche Problematiken gefunden hat, als auch das sächsische Zugeständnis bei der Raumaufteilung des Informations- und Gedenkortes Fort Zinna.⁷ Selbst das im Kontext der Debatte um den Entwurf für eine neue Gedenkstättenkonzeption auf Bundesebene vorgetragene Argument für eine Schwerpunktverschiebung, es bestehe ein Nachholbedarf an Aufarbeitung für die Zeit nach 1945, schließt die Legitimationslücke nicht. Denn die nach der unmittelbaren Verfolgungszeit anhaltende faktisch lebenslange Diskriminierung der NS-Militärjustiz-Opfer in der Bundesrepublik

wie ähnlich in der DDR, die bekanntlich erst seit einigen Jahren durchbrochen werden konnte, erfordert allein deshalb schon eine hervorgehobene Aufarbeitung und Darstellung ihrer Geschichte, weil diese über Jahrzehnte vorherrschende gesellschaftliche Haltung Ausdruck ideologischer Kontinuitäten und entsprechender mangelnder Erkenntnisfähigkeit ist. Der Nachholbedarf an Aufarbeitung und Dokumentation unter neuen Prämissen ist hier also offensichtlich. Eine solchermaßen wichtige Aufgabe nicht zu erkennen, erscheint deshalb unter erinnerungspolitischen Gesichtspunkt als eine Aktualisierung alter Fehler und Versäumnisse. Gegenüber den letzten noch lebenden Opfern sind die Weigerung, am zentralen Ort ihrer Verfolgung der politischen Beschlusslage zu entsprechen, und die seit Jahren andauernde Kontroverse hierüber eine abermalige und eine in lebensgeschichtlicher Hinsicht letzte Brüksierung.

Thematische Lücken

Doch mit der Weigerung, die Ausstellung »Spuren des Unrechts« auf die NS-Militärjustiz und die von ihr begangenen Verbrechen zu fokussieren, schadet das Dokumentations- und Informations-Zentrum (DIZ) Torgau als verantwortliches Gremium auch der Aussagekraft des Projekts selbst. An zwei Beispielen aus dem Ausstellungsteil »Torgau im Hinterland des Zweiten Weltkriegs« sei diese These begründet.

Eine zentrale thematische Lücke ist die Ignorierung der Geschichte der NS-Militärjustiz nach 1945. Dies gilt sowohl für Täter wie Opfer gleichermaßen. Hierdurch entsteht der Eindruck, als sei dieses Unrechtskapitel mit dem Jahr 1945 abgeschlossen gewesen. Doch weisen in den 80er Jahren aufgekommene Begriffe wie »Zweite Schuld« (Ralph Giordano), die gerade im Hinblick auf die sogenannten »vergessenen Opfer« und damit auch auf die Opfer der NS-Militärjustiz geprägt wurden, nicht nur auf Formen von Unrechtskontinuität hin, sondern auch auf deren erhebliche Dimension.

Angesichts der anhaltenden Ausgrenzung und Diskriminierung über 1945 hinaus führt ihre Nichtthematisierung deshalb zum Ausblenden eines wesentlichen Teils der Opfergeschichte. Mehr noch. Über die Opfer der NS-Militärjustiz zu sprechen, ohne die »Nachgeschichte« ihrer unmittelbaren Verfolgung darzustellen, zerreiÙt nicht nur die Geschichte ihres Lebens, sondern verstellt auch den Blick auf die Besonderheit des ihnen zugefügten Unrechts. Zwar hat es in der Zeit des Nationalsozialismus besonders intensive Formen angenommen, aber es war nicht auf diese Zeit begrenzt, sondern hat – wenn auch auf unterschiedliche Weise – fortexistiert. Dass dies in beiden deutschen Staaten der Fall war, macht eine Brisanz erkennbar, die in einer Ausstellung an diesem Ort mit dieser »Schwerpunktsetzung« nicht ignoriert werden darf. Der allzu kurze Blick auf die Opfergeschichte erweist sich deshalb auch als mangelndes Interesse, die Ursachen des Unrechts in einer erweiterten Perspektive, die nicht zuletzt die eigene Verantwortung zu thematisieren hätte, herauszuarbeiten.

Ähnliche Bedeutung hat der Umstand, dass die Entwicklung der normativen Vorgaben für die NS-Militärjustiz und ihre entsprechende Urteilspraxis ausschließlich aus dem negativen Kriegsverlauf hergeleitet werden. Selbstverständlich soll nicht bezweifelt werden, dass die Kriegseröffnung und schließlich auch das autoritärer Ideologie entsprechende Handlungsmuster, angesichts der sich abzeichnenden Niederlage durch gesteigerte Repression die Einsatzbereitschaft der Soldaten sicherstellen zu wollen, ein wichtiger Faktor für den Werdegang dieser Justiz war. Doch wenn man ihre Beurteilung auf dieser Ebene belässt, dann rückt allenfalls in das Zentrum der Kritik, den

kriegsbedingten »Sachnotwendigkeiten«, wenn auch auf grausame Weise, gefolgt zu sein. Damit ist die Urteilspraxis dieser Justiz jedoch keinesfalls hinreichend umrissen. Es fehlt eine Darstellung ihrer ideologischen Grundlagen, die nicht zuletzt Widersprüche und Gemeinsamkeiten herausarbeitet.

Hier verläuft tatsächlich eine interessante Scheidelinie. Denn trotz des gemeinsamen nationalistisch-autoritären Grundkonsens, sich als Werkzeug für die Sicherstellung optimaler Bedingungen für die deutsche Kriegsführung zu verstehen, gab es durchaus Unterschiede im Selbstverständnis der Richter. Während etwa die preußisch geprägte konservative Seite vor allem »Manneszucht« als Wertbild für den Soldaten reklamierte, sprachen die nationalsozialistisch orientierten Kreise wie die »Kieler Schule« von »Treue« als Pflicht des Soldaten. Damit wird ein signifikanter Unterschied erkennbar. Während der Begriff »Manneszucht« zwar auf bedingungslosen Gehorsam zielt, kommt in ihm aber auch ein Spannungsverhältnis zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft zum Ausdruck. Denn hier wird in traditionell autoritärer Denkweise vom Einzelnen gefordert, dass er den Anforderungen der Gemeinschaft zu entsprechen habe. Die Forderung nach »Treue« hingegen geht darüber hinaus und zielt auf die Einheit des Einzelnen mit der »Gemeinschaft«. Wer dem nicht entspricht, wird zum »Gemeinschaftsfremden«. Er wird folglich nicht allein aus dem Grund, kriegstechnischen Erfordernissen nicht zu entsprechen, verurteilt, sondern auch als ein aus der »Volksgemeinschaft« Ausgeschlossener.⁸ Die NS-Militärjustiz agierte in dieser Hinsicht also nach dem typischen nationalsozialistischen Verfolgungsritual, wie es auf seine Weise der »Volksgerichtshof« tat.

Diese Versäumnisse haben auch Konsequenzen für aktuelle politische Aufgabensstellungen. Denn wenn die skizzierten Ausgrenzungsprozesse nicht thematisiert werden, verzichtet man auch auf die Förderung von Lernprozessen in der Gegenwart. Denn die Abfolge von Ausgrenzung, Entrechtung und schließlich Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit bis hin zu Tötung und Mord hat durch das Erstarken von Rechtsradikalismus und Rassismus/Antisemitismus – nicht zuletzt auch in Sachsen – eine Aktualität erlangt, die in einem schroffen Widerspruch zum Gründungsversprechen beider deutscher Staaten steht. Jede Möglichkeit, aktuellen Erscheinungsformen dieser Kette des Unrechts entgegenzutreten, sollte deshalb genutzt werden. In der Ausstellung »Spuren des Unrechts« ist diese Chance vertan worden.

Nivellierung des Unrechts am Beispiel des Opferbegriffs

Im zweiten Teil der Ausstellung werden unter dem Titel »Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten« die mit dem Vorrücken der Roten Armee errichteten sowjetischen Speziallager thematisiert. In Torgau handelte es sich dabei von September 1945 bis zur Jahreswende 1946/47 um das Speziallager Nr. 8 und von Mai 1946 bis Oktober 1948 um das Speziallager Nr. 10. Die katastrophalen Haftbedingungen und die hieraus resultierende hohe Sterberate verbunden mit dem Umstand, dass keine hinreichende gerichtliche Überprüfung der Internierung stattfand, steht im Mittelpunkt der in der Ausstellung formulierten Kritik. Sie wurde hinsichtlich der Menschen, »die in unterschiedlichem Maße Verantwortung für das Unrecht während der nationalsozialistischen Diktatur trugen«, auf der Tafel »Schicksale« in dem Satz zusammengefasst: »Sie alle machte die stalinistische Isolierungspraxis unterschiedslos zu neuen Opfern.«

Auf die grundsätzlichen Aspekte dieser Täter-Opfer-Metamorphose soll in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden.⁹ Auch auf den Nachweis mangelnder

historischer Kontextualisierung, die zentral in dem Mangel zum Ausdruck kommt, die Komplexität der Besatzungspolitik sowie ihrer Bedingungen zu erfassen, und eine entsprechend verkürzte Funktionsbestimmung der Speziallager zur Folge hat, wird aus Platzgründen verzichtet.¹⁰ Beispielhaft für die unzureichende analytische Absicherung sollen lediglich die drei Konzeptionsphasen des Täter-Opfer-Verhältnisses der Ausstellung skizziert werden, das von Beginn an durch »Deutungsunsicherheit« – so der ehemalige Stiftungsgeschäftsführer Norbert Haase – geprägt war.

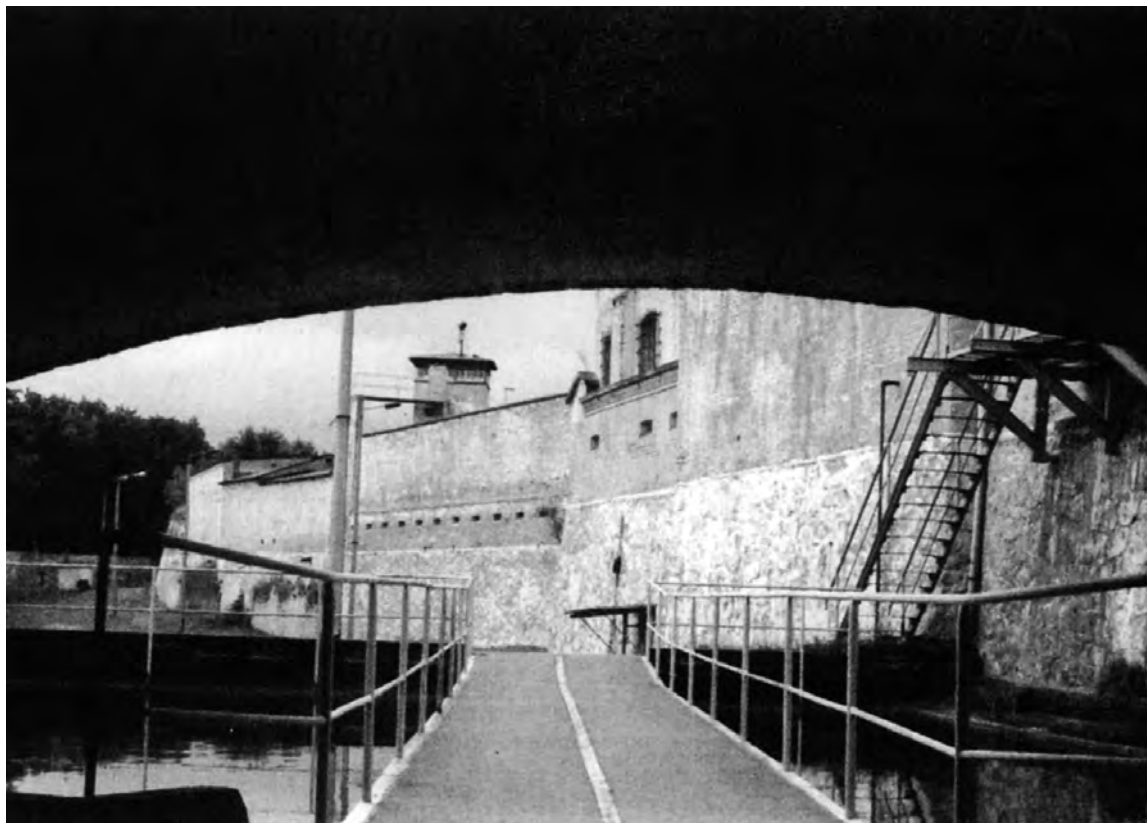
Ausgangspunkt ist der Begriff des »unschuldigen Opfers«. Hiermit sind nach 1945 zu Schaden gekommene Menschen gemeint, die vor 1945 keine Verbrechen begangen hatten. Offensichtlich zielt er auf die explizite Exklusion von NS-Tätern. Er ist auf etlichen Gedenksteinen und auch am Erinnerungs- und Gedenkort Fort Zinna zu finden.

Allerdings gibt es mit dieser Begrifflichkeit ein Problem. So führt der Umstand, dass mit dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz alle Waldheim-Urteile pauschal für Justizunrecht erklärt und keine weiteren Anstrengungen zur Täterbenennung gemacht wurden sowie in der Bundesrepublik keine Verurteilungen etwa von Militärrichtern erfolgten und diese oftmals zu höchsten gesellschaftlichen Ehren kamen, zu der Lage, dass selbst schwerste Nazi-Verbrecher im juristischen Sinn als unschuldig gelten können. Speziell in Torgau gab es den Fall, dass mit Unterstützung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ein Gedenkstein aufgestellt wurde, der dem Gerichtspathologen Timm gewidmet war. Das Mitglied in mehr als einem halben Dutzend NS-Organisationen und der wissenschaftliche Betreuer einer Dissertation, die die berüchtigten Buchenwalder Häftlingstätowierungen auswertete, wurde in der Inschrift von seinen Mitinternierten als »Engel von Fort Zinna« apostrophiert. Erst bürgerschaftliches Engagement führte, ohne Unterstützung der Stiftung, zur Entfernung des Steines. Dieser auf den ersten Blick scheinbar eindeutige Begriff ist also letztlich unpräzise und sogar irreführend, weil ihm kein gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich des Schuldverständnisses zugrunde liegt.

Bezogen auf die Ausstellung in Schloss Hartenfels behalf man sich ebenfalls zunächst mit der Sprachregelung, bei den dokumentierten Biographien handle es sich ausschließlich um »unschuldige Opfer«. Entsprechend hieß es auf der Ausstellungstafel »Internierung feindlicher Elemente« mit verquerer Begründung: »Dabei erfaßten diese Lager aber nicht mutmaßliche »Nazi- und Kriegsverbrecher«, denn diese waren, soweit sie die Uniformen der Wehrmacht, der SA oder der SS getragen hatten, in die Kriegsgefangenenlager einzuweisen.« Sie wurde durch die mündliche Aussage ergänzt, es habe sich bei den Internierten lediglich um derart niedrigrangige Funktionäre gehandelt, daß von ihrer Beteiligung an Verbrechen nicht ausgegangen werden könne.

Nach der partiellen Umarbeitung der Ausstellung wurde dann nicht mehr von »unschuldigen Opfern« gesprochen. So heißt es jetzt auf der neuen Texttafel zum Speziallager Nr. 8: »In den Torgauer Speziallagern waren aber zweifellos auch Menschen inhaftiert, die in unterschiedlichem Maße Verantwortung für das Unrecht während der nationalsozialistischen Diktatur trugen« – Letztlich also auch genuine Nazi-Täter. Die Formulierung kann durchaus als Schritt in die richtige Richtung gewertet werden. Allerdings verschärfte diese Korrektur die Auseinandersetzung erheblich.

Die Ursache hierfür ist darin begründet, dass auf der abschließenden Tafel »Schicksale«, die die vorhergehende Argumentation zusammenfasst und zu Personenportraits überleitet, die alte Argumentation beibehalten wurde. Deren Kernsatz lautet, wie bereits angeführt: »Sie alle machte die stalinistische Isolierungspraxis unterschiedslos



zu neuen Opfern.« Parallel hierzu wurde das Portrait des NSDAP-Mitglieds Harald Krüger, der Direktor der Landesheilanstalt Schkeudnitz bei Leipzig war, neu aufgehängt. Auf der entsprechenden Tafel heißt es: »Nach heutigem Kenntnisstand wurden mehr als 5100 Patienten dieser Anstalt im Rahmen der nationalsozialistischen ›Euthanasie‹ getötet.« Der Begriff des »unschuldigen Opfers« wurde damit für die Ausstellung offensichtlich aufgegeben.

Die Zuspitzung ergab sich aus dem Umstand, dass eben dieser die Widersprüche scheinbar einbende Begriff jetzt fehlt. Nach der neuen Formulierung wurden alle Internierten – auch die explizit ausgewiesenen Nazitäter – »unterschiedslos« zu »neuen Opfern« für die Zeit nach 1945 erklärt und in ihrem Opferstatus mit den NS-Opfern gemäß der Ausstellungskonzeption gleichgesetzt. Diesen Schritt begründete man zwischenzeitlich mündlich damit, daß das einem Menschen zugefügte Leid ihn durchaus zu einem »Opfer« machen könne, auch wenn er für die Zeit vor 1945 als »Täter« gelte. Die von der Bundesvereinigung daraufhin geäußerte Kritik an der undifferenzierten und den gesellschaftlichen Kontext ignorierenden Begrifflichkeit hatte schließlich zur Folge, dass bei einer Begehung der Ausstellung im Herbst 2009 die Streichung des Satzes konstatiert werden konnte.

Es stellt sich die Frage, wie die Stiftung auf dieses implizite Eingeständnis des konzeptionellen Scheiterns reagiert. Eine ausgewiesene Begründung für die erneute Änderung ist jedenfalls nicht bekannt. Doch unabhängig vom Interesse an der Herausbildung dieser Position muß grundsätzlich festgehalten werden, dass solche inhaltli-

Unterhalb der Brücke mit der ersten Schleuse der Justizvollzugsanstalt Torgau im östlichen Wallgraben, Aufnahme 1996. Foto: Jan Ulm, St. Louis/USA

chen Verschiebungen nicht einfach durch stillschweigende Änderungen zum Ausdruck kommen können, sondern sich durch öffentliche Darlegung und Diskussion auszuweisen haben. Das erfordert nicht nur die wissenschaftliche Validität, sondern auch der Respekt vor den durch diese ideologischen Verschiebungen betroffenen NS-Opfern. Das Problem wird in Torgau zudem durch den benannten Umstand verschärft, dass in der Ausstellung die verschiedenen Perioden von Unrecht und Verfolgung ohne spezifische Abgrenzung thematisiert werden.

Aktueller Stand

In der Zwischenzeit hat sich die Stiftung partiell für Anregungen und Kritik geöffnet. So hat ihr Wissenschaftlicher Beirat Vorschläge für eine räumliche Trennung gemacht. Auf der gemeinsamen Sitzung der Wissenschaftlichen Beiräte von Stiftung und Bundesvereinigung im Herbst 2009 äußerte er sich – persönlich unterschiedlich akzentuiert und begründet – im Prinzip aufgeschlossen gegenüber weiteren Umarbeitungsvorschlägen. Auch die verantwortliche Ministerin Sabine von Schorlemer versicherte ihre Bereitschaft zu einer Umarbeitung von »Spuren des Unrechts«. Allerdings konnte sich der Stiftungsrat in seiner Sitzung am 10. November 2009 nicht zu einer praktischen Umsetzung dieser Absichtserklärungen durchringen. Stattdessen verwies er das Thema in Form eines Prüfauftrags – »Prüfung Schwerpunktsetzung auf NS-Militärjustiz und evtl. Überarbeitung/Ergänzung der Ausstellung«¹¹ – an den Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung zurück. Dies ist insofern besonders bemerkenswert, als er selbst die im Rahmen des Bundesförderungsgesetz getroffene Vereinbarung mit dem Bund bezüglich der Schwerpunktsetzung offensichtlich nicht für bindend hält. Die inhaltliche Neugestaltung der Ausstellung ist damit weiterhin ungewiss.

Auch die Diskussion über den Gedenk- und Erinnerungsort Fort Zinna in Torgau ist seit Anfang der 90er Jahre in vielen meistens kontroversen Treffen sowie unzähligen Erklärungen und Stellungnahmen fortgesetzt worden. Angefangen hatte die Debatte mit einer Konzeption, die der von »Spuren des Unrechts« entsprach. Kurz: Gemeinsames Erinnern in Form einer Drittelung der Gedenkstätte entsprechend der sächsischen Trias der Verfolgung. Hinzu kam ein bereits errichtetes Holzkreuz als Symbol für alle Verfolgungsperioden und -opfer. Dieses Konzept wurde später durch den Vorschlag modifiziert, die Fläche zu halbieren und durch eine Hecke eine gewisse Abgrenzung zu symbolisieren. Die Bundesvereinigung stimmte dem damit prinzipiell weiterhin gültigen Konzept einer gemeinsamen Erinnerung angesichts der schwierigen Diskussionslage schließlich unter der Voraussetzung zu, dass dem Kreuz durch eine eigenständige Aussage in Form einer Skulptur entsprochen werde müsse. Außerdem forderte sie als weiteres Essential die Feststellung, dass unter den in Torgau Internierten und Inhaftierten auch gegen sie agierende Nazi-Täter waren.

Eine eigenständige Skulptur wurde zugestanden, die konkrete Täterbenennung trotz der seit Jahren geführten Kontroverse und eines Gutachtens von Professor Manfred Messerschmidt nicht. Aktueller Stand ist, dass die Stiftung zwar zu der Formulierung bereit ist, generell seien in den Speziallagern auch Militärriechter und andere NS-Täter inhaftiert worden, eine konkrete Zuordnung zu Torgau wird jedoch im Gegensatz zur Forschungslage weiterhin verweigert.¹² Ausländische Opferverbände lehnen die Konzeption des Erinnerungsortes grundsätzlich ab. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Stiftung bezüglich des Erinnerungs- und Gedenkortes trotz Festhaltens an ihrem

Grundkonzept im Vergleich zur Ausstellung »Spuren des Unrechts« mehr Zugeständnisse gemacht hat, sich bezüglich der Täter-Thematisierung jedoch auch hier weiterhin Schwierigkeiten ergeben, die denen auf Schloss Hartenfels ähneln.

Anfang des Jahres erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland seine Bereitschaft, in den Stiftungsgremien wieder mitzuarbeiten, obwohl es bisher lediglich eingeschränkte Verbesserungen bezüglich der Organisationsstruktur gegeben hatte. Er knüpfte sein Entgegenkommen deshalb an die Bedingung, dass innerhalb der laufenden Legislaturperiode das Stiftungsgesetz auf zufriedenstellende Weise überarbeitet werden müsse. Andere Opfervertretungen wie die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz erklärten sich zur Mitarbeit in den Gremien zwar grundsätzlich bereit, beharrten aber als Voraussetzung hierfür auf einer vorher erfolgten Novellierung des Gesetzes. Die sächsische Staatskanzlei begrüßte den Schritt des Zentralrats mit den Worten, er stärke das gemeinsame Anliegen, »in der Erinnerung an die Shoah nicht zu erlahmen und nicht aufzuhören, gegen das Vergessen zu mahnen«.¹³ Auf den Vorbehalt ging sie nicht ein. Die Grundlinien für die von ihr angesprochene Erinnerung sind jedoch im Stiftungsgesetz formuliert. Unabhängig vom konkreten Vorgehen der einzelnen Verbände ist die Zeit der Entscheidung über die sächsische Geschichtspolitik deshalb unausweichlich gekommen.

Dr. Rolf Surmann, Historiker und Publizist, ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.

1 Bundestagsdrucksache 15/1874.

2 Siehe u.a. Presseerklärung des Zentralrats der Juden vom 21.1.2004.

3 Leipziger Erklärung vom 6. September 2007, im Besitz des Verfassers. Vgl. auch die hierauf fußende Presseerklärung des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 29.10.2007, in der dessen Vizepräsident Salomon Korn u.a. forderte, »keine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen mit dem nach 1945 verübten Unrecht und damit deren Relativierung zuzulassen. Dies macht eine hervorgehobene Herausarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen unumgänglich. In Sachsen geschieht jedoch genau das Gegenteil.«

4 Michel Foucault: Überwachen und Strafen, Frankfurt/M. 1994.

5 Unterrichtung durch die Bundesregierung. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 14/1569 (27.7.1999), S. 20.

6 Unterrichtung, S. 21.

7 Hierzu siehe weiter unten.

8 Siehe hierzu die Arbeiten Detlev Peukerts, insbesondere: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Köln 1982.

9 Hierzu hat sich z.B. Dan Diner geäußert, siehe Anthropologisierung des Leidens. Interview mit dem Historiker Dan Diner, in: Phase 2, 09/2003 oder Tod ist nicht gleich Tod, in: Die Welt, 4.2.2006.

10 Dieser Mangel wurde zwar nach einer aufgrund der Kritik seitens der Bundesvereinigung erfolgten Überarbeitung abgeschwächt, konnte aber nicht grundsätzlich beseitigt werden. Im Vordergrund steht hierbei, daß die Rolle der Speziallager bei der militärischen Niederringung Deutschlands und eine entsprechende Internierungspolitik – bei den Briten erfolgte sie z.B. unter dem Stichwort »automatic arrest« – übergangen wird und ihre Funktion zunächst ausschließlich auf den Zusammenhang von Festnahme, Verurteilung und Strafe reduziert wird. Vgl. hierzu generell die Dokumentation Sergej Mironenko u.a. (Hg.), Sowjetische Lagerpolitik in Deutschland 1945 – 1950, Bd. 2, Berlin 1998.

11 So der Jahresarbeitsplan 2010: Geschäftsstelle (Stiftung Sächsische Gedenkstätten), Kopie im Besitz des Verfassers.

12 Der Formulierungsvorschlag der Stiftung lautet diesbezüglich: »Zu den Gefangenen der sowjetischen Speziallager in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gehörten auch Kriegsrichter und Angehörige der NS-Terrororganisation Gestapo und SD, die für die Verfolgung der NS-Militärjustizopfer die Verantwortung trugen.« Fax vom 22.2.2010 (STSG Dresden), Kopie im Besitz des Verfassers.

13 Laut einer ddp-Pressemitteilung und Kanal 8/Sachsen Fernsehen vom 8.1.2010.

Warum sollte es sie nichts angehen?

BERLINER STADTTEILMÜTTER BEGEBEN SICH MIT AKTION
SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE AUF DIE SPUREN NATIONAL-
SOZIALISTISCHER GESCHICHTE

Jutta Weduwen

An einem regnerischen Sommertag besuchte eine Gruppe Stadtteilmütter das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Sie beschäftigten sich dort mit der kontroversen Entstehungsgeschichte des Ortes und verbrachten lange Zeit in der Ausstellung, die Briefe, Tagebucheintragungen und Berichte verfolgter Jüdinnen und Juden dokumentiert. Bei ihrem Gang durch das Stelenfeld zogen die Frauen viele verwunderte Blicke auf sich. Eine Gruppe, die äußerlich überwiegend als muslimisch erkenntlich ist, wird an diesem Ort eher nicht erwartet.

Spricht man von Migrantinnen und Migranten aus Neukölln und Kreuzberg, assoziieren viele Menschen zunächst bildungsunwillige Musliminnen, die an einer Integration in die deutsche Gesellschaft wenig Interesse haben. Man stilisiert ein Umfeld aus arbeitslosen Vätern, überforderten Müttern, kriminellen Söhnen und Töchtern, die zwangsverheiratet werden. Bildungspolitisch werden sie oft defizitär dargestellt. Sie seien nicht an Themen der deutschen Gesellschaft interessiert, traditionell verhaftet, unemanzipiert und tendenziell antisemitisch.

Wir haben in unseren Bildungsprogrammen andere Migrantinnen und Migranten kennen gelernt. In diesem Jahr führte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zum fünften Mal Seminarreihen mit Neuköllner und Kreuzberger Stadtteilmüttern zum Thema Nationalsozialismus durch. Die Stadtteilmütter sind Frauen mit Migrationshintergrund, die in einem sozialen Brennpunkt leben und von der Diakonie zu Familienberaterinnen ausgebildet werden. Sie traten mit dem Wunsch an uns heran, gemeinsame Seminare zum Thema Nationalsozialismus zu entwickeln. Dieser Initiative sind wir gerne nachgegangen und so entstand das Kooperationsprojekt »Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte«. Die Frauen wollten verstehen, wie der Nationalsozialismus als politisches und gesellschaftliches System funktionieren konnte, ob und wo es Kontinuitäten in der aktuellen deutschen Gesellschaft gibt und wo die Geschichte noch heute sichtbar und spürbar ist. Die Teilnehmerinnen der Seminarreihe hatten ein großes Interesse daran, sich generell mit den Mechanismen von Ausgrenzung, Verfolgung und Völkermord zu beschäftigen. Die meisten Frauen wussten wenig über den Holocaust, da das Thema in ihrer Schulzeit nur knapp oder gar nicht behandelt worden war und sie wenig Zugang zu weiterführenden Informationen hatten, die ihnen Auskunft über die NS-Zeit geben konnten. Anders geht es ihren Kindern, die im Rahmen des Schulunterrichts Gedenkstätten besuchen und sich oft intensiver als ihre Eltern mit dem Nationalsozialismus beschäftigen. Die Stadtteilmütter wollten ihren Kindern Antworten geben können und sich mit ihnen über dieses wichtige zeitgeschichtliche Thema austauschen. Für einige Frauen haben der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg zudem eine wichtige Bedeutung für die Beziehung ihres Herkunftslandes zu Deutschland.

Die Seminarreihen umfassten jeweils zehn Termine und eine Wochenendfahrt. Wir besuchten gemeinsam Gedenkstätten, trafen Überlebende und ihre Nachkommen, die

als Verfolgte den Holocaust überlebt haben, setzten uns mit der Täterseite in Filmen und Dokumenten auseinander und versuchten auch die Motivation der MitläuferInnen nachzuvollziehen.

Einen wichtigen Stellenwert hatten zudem im Seminar die individuellen Migrationsgeschichten der Stadtteilmütter. Mit Methoden aus der biografischen Arbeit thematisierten wir die eigenen Geschichten der Migration, der Flucht, der Bürgerkriege in den Herkunftsländern und des Lebens mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft.

Dialogische Lernprozesse

In den Seminaren mit den Stadtteilmüttern begibt sich ASF in einen dialogischen Lernprozess, der das Wissen und Bewusstsein über die deutsche Einwanderungsgesellschaft erweitert. Die Erfahrungen der Teilnehmerinnen und ihr Zugang zu zeitgeschichtlichen Diskursen in der Einwanderungsgesellschaft bereichern unser eigenes Verständnis von historisch-gesellschaftlichen Erinnerungsdebatten.

Wie sollen historisch-politische Lernprozesse in der Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden? Wer wird an dieser Gestaltung beteiligt, wer wird ausgeschlossen? Was ist Gegenstand der Erinnerung und wie wird erinnert?

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft und diese Tatsache sollte sich auch in dem Diskurs über deutsche Geschichte ausdrücken. Zur deutschen Geschichte gehören auch die Geschichten der hierher eingewanderten Menschen.

Unsere Geschichte – ihre Geschichten?

Wollen sich Migrantinnen und Migranten und Migranten mit dem Nationalsozialismus beschäftigen?

Wenn wir von den ASF-Seminaren mit den Stadtteilmüttern berichten, stoßen wir häufig auf große Verwunderung darüber, dass sich Migrantinnen und Migranten auf eigene Initiative hin mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Dabei ist das Interesse an der Auseinandersetzung mit einem systematischen Genozid, der den Glauben an die Menschlichkeit zutiefst erschüttert, nachvollziehbar, unabhängig von der ethnischen Zuordnung zu einer Täter-, Opfer- oder Mitläuferseite. Die Annahme, dass Migrantinnen und Migranten mit der Geschichte des Nationalsozialismus aufgrund ihrer Herkunft nichts zu tun hätten, ist zudem historisch unzutreffend. Die meisten Herkunftsländer, aus denen EinwanderInnen nach Deutschland gekommen sind, hatten sehr konkrete Erfahrungen mit Nazi-Deutschland – weil sie von der Wehrmacht besetzt wurden oder Zufluchtsorte für NS-Verfolgte waren.

Häufig haben wir erlebt, dass der Verblüffung auf der Seite der Herkunftsdeutschen eine Einteilung in unsere und ihre Geschichte zugrunde liegt. Die Stadtteilmütter berichteten uns, dass ihnen immer wieder gesagt wurde, dass sie sich mit dieser schweren deutschen Geschichte nicht beschäftigen müssen. Dieser Rat mag gut gemeint sein, ist in der Wirkung aber belehrend und ausschließend.

Festlegung auf Herkunftsgeschichten

Auf der anderen Seite werden Migrantinnen und Migranten und Migranten immer wieder auf die Geschichte ihres Herkunftslandes festgelegt, vor allem auf die jeweiligen historischen oder aktuellen politischen Konflikte. Dabei wird von ihnen erwartet, dass

Kreuzberger
Stadtteilmütter mit
der Überlebenden
Margot Friedlander.
Foto: Jutta Weduwen



sie sich kritisch zu diesen Konflikten positionieren. Kürzlich berichtete mir eine Neuköllner Lehrerin enttäuscht, dass ihre Schüler türkischer Herkunft sich weigerten, sich mit dem Völkermord an den Armeniern auseinander zu setzen. Die Deutschen würden sich doch auch ihrer Vergangenheit stellen.

Mit einer derartigen Haltung werden Migrantinnen und Migranten einerseits auf ihre ethnische Zugehörigkeit festgelegt, unabhängig davon, in welcher Generation sie hier leben, welche Staatsangehörigkeit sie haben oder mit welcher Geschichte sie sich identifizieren. Gleichzeitig wird auch die Art und Weise, mit der sie sich auf ihre Herkunft beziehen sollen, an der deutschen »Vergangenheitsbewältigung« gemessen.

Berührungspunkte mit eigenen Gewalterfahrungen

Für manche Frauen bot die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen Anknüpfungspunkt für die Beschäftigung mit dem eigenen Leid und eigenen traumatischen Kriegs- und Gewalterfahrungen. Beeindruckend war für mich, dass es den Frauen oft gelang, diese Gewalterfahrungen zueinander in Beziehung zu setzen, ohne sie gleich zu setzen und zu vereinnahmen. Eine Teilnehmerin, die als Kind vor dem Bürgerkrieg in Eritrea fliehen musste, wurde gefragt, ob ihre Traumata mit dem Holocaust zu vergleichen seien. Sie verneinte und unterschied zwischen dem Krieg in ihrem Herkunftsland und dem systematischen Mord an den Juden während des Nationalsozialismus.

Sicherlich ist diese Fähigkeit zur Differenzierung nicht immer möglich, vor allem da ja das individuell erlebte Leid einer Frau während eines Bürgerkriegs gefühlt vergleichbar sein kann mit einem individuellen Leid innerhalb eines Genozids. Erst wenn man die Ebene der persönlichen Erfahrungen verlässt, ist es leichter möglich, Unterschiede festzustellen – so, wie es die Seminarteilnehmerin aus Eritrea getan hat.

Sehr deutlich wurde, dass viele Frauen Geschichten in sich tragen, die mit Gewalt, Leid, Armut, Ausgrenzung und Verfolgung zusammen hängen – unabhängig davon,

ob dies selbst erlebt, beobachtet oder als Bedrohung gespürt wurde. Deutlich wurde auch, dass diese Geschichten sehr selten gehört werden, dass die Frauen ihre Geschichten viel zu selten erzählen können.

Empathie und politisches Interesse

Obwohl viele Frauen um die Anerkennung ihrer Geschichte ringen, waren sie sehr offen für die Themen des Seminars. Ich habe in ähnlichen Seminaren mit Herkunftsdeutschen selten Teilnehmerinnen erlebt, die mit einer derartigen Neugierde und Empathie gelernt haben. Dies zeigte sich vor allem in Gesprächen mit Holocaustüberlebenden.

Die Frauen brachten einen großen Bildungshunger mit, der sich nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ausdrückte, sondern sich auf allgemeine menschliche, historische, religiöse, gesellschaftliche und politische Fragen bezog. Eine Teilnehmerin sagte zum Abschluss: »Es war das traurigste Seminar, das ich in meinem Leben besucht habe. Und gleichzeitig hat mich das Thema nicht mehr losgelassen. Durch das Seminar ist mein Interesse an Politik und Geschichte gewachsen. Ich bin wach geworden, möchte mehr wissen, mehr lesen, mehr erfahren und mehr verstehen.«

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft oder: die Projektionsfläche des Nahostkonfliktes

Häufig werden wir gefragt, ob die Stadtteilmütter nicht zu sehr in antisemitischen Stereotypen verhaftet seien, um sich mit der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden zu beschäftigen. Oder ob nicht insbesondere ihre Ehemänner eine Beschäftigung mit dem Holocaust ablehnen würden. Eine Stadtteilmutter resümiert ihre Erfahrungen mit Mehrheitsdeutschen: »Es ist anstrengend, wenn uns immer wieder pauschal Antisemitismus unterstellt wird. Und selbst wenn uns Frauen noch zugetraut wird, dass wir offen sind, fragt man uns nach unseren Männern. Ob sie denn nicht zu antisemitisch seien, um durchgehen zu lassen, dass wir uns mit dem Nationalsozialismus beschäftigen. Das sind Vorurteile, die mit unserer Realität wenig zu tun haben.«

In der politischen Öffentlichkeit wird zunehmend über einen spezifisch »muslimischen Antisemitismus« gesprochen, meist ohne zu definieren, wer und was damit gemeint ist. So werden häufig türkische, kurdische, arabische, bosnische oder afrikanische Muslime in einen Topf geworfen, ohne die unterschiedlichen Beziehungen zum Judentum bzw. zu Israel zu berücksichtigen.

Nicht immer wird im öffentlichen Diskurs über muslimischen Antisemitismus einbezogen, in welchem Zusammenhang antisemitische Äußerungen zur Situation von Migrantinnen und Migranten in der deutschen Gesellschaft stehen können. Einen derartigen Zusammenhang reflektierte eine Stadtteilmutter während eines Gedenkstättenbesuchs: »Antisemitismus eignete sich in der Schule hervorragend, um unsere Lehrer zu provozieren, wenn wir uns selbst von ihnen nicht ernst genommen fühlten. Dann haben wir einfach gesagt: die Juden waren doch selber schuld!«

Antijüdische Äußerungen und Verhaltensweisen sollen damit nicht legitimiert werden, indem ihre Entstehung und Motivation erklärt werden. Dennoch sind Differenzierungen in der Arbeit gegen Antisemitismus wichtig.

Zwei unserer Seminarreihen fielen in die Zeit des Gaza-Kriegs, der in der deutschen Öffentlichkeit sehr kontrovers verfolgt und diskutiert wurde. Einige Teilnehmerinnen

konnten die Berichte jüdischer Überlebender nicht mit dem Verhalten des israelischen Militärs in Einklang bringen: »Wie können Menschen, die selber so gelitten haben, heute so etwas tun?« Die Bilder von Bombenangriffen auf Gaza-Stadt wurden mit dem Holocaust verglichen. Diese Diskussion war sehr emotional; die sachliche Erörterung, dass eine Gleichsetzung von Gaza-Krieg und der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik historisch unzulässig ist, war durchsetzt von emotionalen Momenten. Deutlich wurde dabei, dass die Argumente und Sichtweisen der Stadtteilmütter sich wenig von den Debatten unterscheiden, die in der (herkunfts-) deutschen Öffentlichkeit zum Nahostkonflikt geführt werden. Die Vergleiche zwischen dem israelischen Militär und den Nazis, die Erschütterung darüber, dass die Opfer der Nazis heute zu vermeintlichen Tätern werden, tauchen in jeder deutschen Debatte auf, die zum Nahostkonflikt geführt wird. Eine Stadtteilmutter kommentierte die Diskussion mit dem Satz: »Man will uns Migranten immer sagen, dass wir Israel nicht kritisieren dürfen!« Die gleiche Aussage kennen wir von Herkunftsdeutschen.

Mir sind im Seminar, an dem überwiegend muslimische Frauen teilgenommen haben, keine antisemitischen Haltungen aufgefallen, die ich als spezifisch muslimisch charakterisieren könnte. Ein muslimischer Antisemitismus würde sich dadurch auszeichnen, dass er seinen Ursprung in der muslimischen Gemeinschaft hat und/oder dass er Elemente aufweist, die sich auf den Islam beziehen. Was ich beobachten konnte, war eine starke Identifizierung mit der palästinensischen Seite, die mit eigenen Ausgrenzungserfahrungen verknüpft wurden und sich auch aus Bildern der deutschen Medien speisten. Diese Identifikation halte ich nicht pauschal für antisemitisch. Schnell können sich aber durch falsche Analogien und Einseitigkeiten antijüdische Stereotype einschleichen bzw. politische Forderungen ergeben, die der Komplexität des Nahost-Konfliktes nicht gerecht werden. Besonders deutlich wurde, dass sich in den Diskussionen der Stadtteilmütter die deutsche Öffentlichkeit widerspiegelte und dass die Frauen ein Bewusstsein dafür hatten, welche Bedeutung der deutsch-israelische und der deutsch-jüdische Diskurs haben.

Schlussfolgerungen für die interkulturelle Praxis historisch-politischer Bildung

Teilhabe an deutscher Gesellschaft durch Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus? Manchmal habe ich mich kritisch gefragt, ob sich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eignet, um Migrantinnen und Migranten aktiv in die deutsche Gesellschaft einzubinden. Die Auseinandersetzung erschütterte die Frauen. Immer wieder haben sie sich die Frage gestellt: Wollen wir in einer Gesellschaft leben, die diese Gräueltaten hervorgebracht hat?

Dennoch: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kann nicht zur Disposition stehen – weder für Herkunftsdeutsche, noch für Migrantinnen und Migranten. Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, diese Geschichte zu kennen, zu reflektieren, sich selbst zu dieser Geschichte in Beziehung zu setzen und zu überlegen, was dieses Wissen für das eigene politische Handeln bedeutet. Jeder sollte verstehen können, wo die Geschichte auch in der Gegenwart noch relevant ist. So werden in Deutschland häufig ethische Debatten etwa um Militäreinsätze, Asylpolitik oder Menschenrechte unter Bezugnahme auf den Nationalsozialismus geführt. Ebenso erschließen sich internationale Beziehungen nicht, wenn die Konflikt-Geschichten ausgeblendet werden.

Die Sorge, dass Migrantinnen und Migranten sich bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht positiv mit Deutschland identifizieren könnten, gilt ja

für Herkunftsdeutsche ebenso. Viele Deutsche sehnen sich nach einer »unbelasteten nationalen Identität«. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass diese erreicht werden könnte, wenn der Nationalsozialismus weniger Thema wäre, wenn »ein Schlusstrich« gezogen würde. Dies würde weder den Opfern und ihren Nachkommen gerecht, noch würde es helfen, die deutsche Gesellschaft zu verstehen, zu der diese Geschichte gehört. Migrantinnen und Migranten fällt es nicht leichter, sich mit Deutschland zu identifizieren, wenn die Geschichte ihnen nicht erzählt wird. Voraussetzung ist vielmehr, dass sie ernst genommen und als Gleichberechtigte akzeptiert werden. Dazu gehört, dass sie sich dialogisch mit der Geschichte und Politik Deutschlands beschäftigen können und am öffentlichen politischen und historischen Diskurs beteiligt werden.

Gestaltung gemeinsamer Erinnerungsprozesse ohne ethnische Zuschreibungen

Interkulturelle Bildungsarbeit richtet sich nicht nur an Migrantinnen und Migranten, sondern an alle Mitglieder der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Im gemeinsamen Austausch und Dialog können Formen entwickelt werden, wie Erinnerung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden kann. Dafür ist Offenheit vonnöten. Offenheit für vielfältige Perspektiven, Deutungen und Geschichten.

Wenn wir über interkulturelle Bildungsarbeit sprechen, geht damit häufig einher, Zugehörigkeiten zu definieren. Menschen werden unterteilt in Herkunftsdeutsche und Zugewanderte, Allochthone und Autochthone, Menschen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund und Deutsch»stämmige«.

In diesem Artikel schildere ich meine persönlichen Erfahrungen mit den Zugängen von Neuköllner und Kreuzberger Migrantinnen und Migranten zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei wurde deutlich, dass diese Hintergründe sehr differenziert zu betrachten sind: Manchmal beziehen sie sich auf Erfahrungen im Herkunftsland, manchmal hängen sie mit der spezifischen Situation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland zusammen, manchmal spiegeln sie die Diskurse in der deutschen Öffentlichkeit wider.

Wir müssen selbstkritisch im Blick behalten, dass wir mit einer Unterteilung zwischen Migrantinnen und Migranten und Herkunftsdeutschen an einem Status festhalten, den wir überwinden möchten: Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigte Mitglieder der deutschen Gesellschaft werden, ohne sie fortwährend auf ihre kulturelle und ethnische Zugehörigkeit festzulegen oder sie gar zu re-ethnisieren. Wir möchten uns für eine Bildungsarbeit einsetzen, die sich der Vielfalt ihrer Teilnehmerinnen bewusst ist, ohne gesellschaftliche Benachteiligungen, Zuschreibungen und Unterschiede zu negieren, aber auch ohne diese zu zementieren.

Interkulturelle Bildung als politische Bildung

Interkulturelle Bildungsarbeit verweist auf politische Prozesse und sollte sich als politische Bildungsarbeit verstehen. Wir sind an vielen Stellen mit der Marginalisierung und Benachteiligung der teilnehmenden Frauen in Berührung gekommen, denen sie ausgesetzt sind, weil sie einen Migrationshintergrund haben. Dieser drückt sich in Bildungs- und Arbeitsmarktbenachteiligungen, ausgrenzenden Zuschreibungen und einem großen Desinteresse der Mehrheitsgesellschaft aus. Es geht also nicht nur darum, diesen Frauen etwas beizubringen, sondern mit ihnen im Dialog zu sein und sich dafür einzusetzen, dass sie als aktive und gleichberechtigte Bürgerinnen anerkannt werden.

Anerkennung

Anerkennung, treffender gesagt: fehlende Anerkennung, war ein Schlagwort, das sich wie ein roter Faden durch das Seminar zog und an vielen Stellen in den Porträts der Stadtteilmütter auftaucht. Die Frauen ringen um Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder dieser Gesellschaft; sie suchen Aufmerksamkeit für ihre eigenen Geschichten, die zu selten gehört werden; sie möchten, dass man ihnen die Auseinandersetzung mit Themen der Ausnahmegesellschaft gleichberechtigt zugesteht und sie kämpfen gegen abwertende und ausgrenzende Klischees, die der Komplexität ihrer Lebensrealität nicht gerecht werden.

Ein Beispiel für diese abwertenden Zuschreibungen lieferte im Oktober 2009 der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin. In einem Interview für *Lettre International* spricht der Politiker davon, dass siebzig bis neunzig Prozent der türkischen und arabischen Bevölkerung Berlins den deutschen Staat ablehne, sich nicht um die Schulbildung ihrer Kinder kümmere und ständig neue Kopftuchmädchen produziere. Die Äußerungen Sarrazins lösten in der Öffentlichkeit eine polarisierende Debatte aus. Auf der einen Seite gab es heftige Kritik an seinen politisch untragbaren Aussagen, die unter anderem zu einer Teilentmachtung seiner Vorstandstätigkeit bei der Deutschen Bundesbank führten. Auf der anderen Seite gab es aber auch prominente seriöse Stimmen, die ihm für seine Offenheit dankten. Bei mir entstand der Eindruck, dass weder Sarrazin, noch seine Befürworter ausreichend Kontakt zu den Menschen haben, über die sie feste Meinungen vertreten. Es hatte so wenig mit den Migrantinnen und Migranten zu tun, die wir in unseren Seminaren treffen und die auf den ersten Blick den Bildern Sarrazins entsprechen könnten.

Einige Stadtteilmütter tragen Kopftücher, viele haben bislang in Deutschland wenig Zugang zu Bildungseinrichtungen gehabt, einige sprechen schlecht Deutsch, einige sind in Vereinen organisiert, die sich auf ihre kulturelle oder nationale Herkunft oder ihre Religion beziehen. Den Wunsch, sich mit dem Nationalsozialismus intensiv zu beschäftigen, haben wir als sehr aktive und engagierte Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft erlebt. Wir konnten dabei keinerlei Unterschiede feststellen hinsichtlich der Bildungsabschlüsse, der Deutschkenntnisse oder des Umstandes, ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht.

*Unsere Geschichten – Eure Geschichte? – Neuköllner Stadtteilmütter und ihre Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus, Broschüre, 72 Seiten, 3,- Euro. Im Internet kann man einen Blick in die Broschüre werfen:
www.asf-ev.de/medien/downloads/asf_broschueren/unsere_geschichten_eure_geschichte*

Jutta Weduwen leitet seit 2007 den Projektbereich Interkulturalität der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

10 Jahre arbeiten mit Kindern in der »Euthanasie«-Gedenkstätte Hadamar

EINE ZWISCHENBILANZ¹

Regine Gabriel

1998 fand der erste Versuch mit Kindern in der Gedenkstätte Hadamar zu arbeiten statt.² Unter dem Motto: Spurensuche mit Kamera, Wachsstift und Papier, dokumentierten Kinder ihren Aufenthalt in Hadamar. Dies war ein Projekt, das zwar in der Schule vorbereitet wurde, aber klassenübergreifend auf freiwilliger Basis nachmittags angeboten wurde.

1999 gab es den ersten Kindertag im Rahmen der Anne-Frank-Ausstellung. 2001 konnten die bis dahin gemachten Erfahrungen und gesammelten Ideen in das zweitägige Schulprojekt einer 4. Klasse einfließen. Damit war der Stein ins Rollen gebracht worden: Seit 2002 gibt es das mehrtägige, frei ausgeschriebene Projekt: Kinder leben und lernen in der Gedenkstätte Hadamar.³ Parallel dazu kam es zu der engen und fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Pestalozzi-Grundschule in Diez. Die integrative Schule hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kinder des 4. Schuljahres bewusst über die menschenverachtende Zeit des Nationalsozialismus zu informieren. Mit Frau Scherrer-Burkhardt, der überaus engagierten Schulleiterin und ihren KollegInnen gibt es seitdem einen regen Austausch und die feste Absicht gemeinsame Projekte durchzuführen. Seit 2008 ist auch die Grundschule Hadamar ständiger Partner der Gedenkstätte. Andere Grundschulen kamen im Lauf der Zeit mit Projekttagen hinzu.⁴

Ein Höhepunkt der bisherigen Arbeit war ein Theaterabend am 9. November 2009. An diesem Abend haben neun Kinder präsentieren können, was sie seit April im Rahmen einer Theater-AG in der Pestalozzischule erarbeitet hatten. Gezeigt wurden Szenen aus dem Kinderbuch von Willi Fahrmann: »Der überaus starke Willibald«. Einmal mehr hat sich bewiesen, dass Kinder ab dem vierten Schuljahr sehr wohl in der Lage sind, sich mit dem Thema Nationalsozialismus und der Übertragbarkeit auf heutiges Geschehen, zu beschäftigen. Auch die Theater-AG war nicht nur dadurch an die Gedenkstätte Hadamar angebunden, dass die Organisation, Durchführung, Textbearbeitung und Regie in meinen Händen lag, sondern auch, weil es drei intensive Probenwochenenden in der Gedenkstätte selbst gab. Wie immer bei Projekten mit den Kindern, wurde ihnen der Ort und die Ereignisse, die dem Ort eine solche traurige Berühmtheit erlangen ließen, erarbeitet. Wieder einmal hat sich gezeigt, dass das Prinzip: Kinder leben und lernen in der Gedenkstätte Hadamar, eines ist, das die Möglichkeit eröffnet, Geschichte auch an diesem Ort vorzustellen, ohne dass auch nur ein Kind seelisch überfordert würde.

Die Besonderheit dieses Prinzips ist daran zu sehen, dass es bis heute keine vergleichbaren Angebote für Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren gibt. Angebote nämlich, die nicht nur Freizeitaktivitäten beinhalten, sondern auch Inhaltliches in den Blick nehmen.

Gerade der Einsatz kreativer Zugänge lässt Geschichte lebendig werden und Bezüge zum Hier und Heute herstellen.⁵

Das letzte Theaterprojekt zeigt deutlich, wie wichtig auch die Formen des Arbeitens sind. Theater spielen ist eine methodische Vorgehensweise, die es den Teilnehmenden

ermöglicht, in besonderer Weise Entwicklungen in ihrer Persönlichkeit zu erfahren, die ihnen sonst unter Umständen verborgen geblieben wären. Wenn es in der politischen Bildung von Kindern wichtig ist, sie zu kritischen und mündigen BürgerInnen zu erziehen, müssen sie erfahren, was es bedeutet selbstbestimmt zu agieren. Sie müssen aber auch erfahren, was es heißt, wenn die Mit- und Selbstbestimmung verboten wird. Nur so können sie es wertschätzen in einer Demokratie zu leben und sich für demokratisches Verhalten ein zu setzen. In politischen Systemen in denen es ein Sozialstaatsgebot gibt, ist das Unrecht, das sich hinter diktatorischen Regimen verbirgt, mit Händen zu greifen. Es muss im Vergleich bewusst gemacht werden.

Natürlich verlassen die Kinder die Gedenkstätte nicht als «neue» Menschen. Doch leben und lernen in der Gedenkstätte lässt aufhorchen und nachdenklich werden. Nach nun mehr zehn Jahren kann ich sehen, dass die Erfahrungen die die Kinder von damals machten, ein Interesse geweckt hat, das bis heute besteht. Ich behaupte nicht, dass Werteerziehung, Erziehung zu solidarischem Verhalten oder Lernen von Empathie nicht auch mit anderen Themen geleistet werden kann. Doch gerade eine Gedenkstätte, wie die in Hadamar, deren wichtigste Aufgabe die historisch-politische Bildungsarbeit ist, kann und muss auch ein Ort des Lebens und Lernens für Kinder sein dürfen.

Es ist schade, dass die Arbeit mit Kindern in NS – Gedenkstätten noch immer mit so viel Emotionalität, vom Rednerpult aus diskutiert wird, anstatt sich mit teilnehmender Beobachtung auf Lernprozesse einzulassen. Denn die Nachfragen nach Angeboten für junge Kinder in den NS-Gedenkstätten nehmen zu. Wir, die wir an diesen Orten arbeiten, kommen nicht darum herum diese Herausforderung anzunehmen. Uns ihr zu stellen, geben wir uns in Hadamar viel Mühe, denn wir wollen dazu beitragen, selbstbewusste und selbstkritische Kinder zu erziehen.

Regine Gabriel studierte Deutsch, Politik, Pädagogik, hat eine Zusatzausbildung zur Theaterpädagogin und arbeitet seit 1989 in der Gedenkstätte Hadamar.

- 1 Siehe auch den Artikel von 2007: Theater spielen in der Gedenkstätte – Zum Umgang mit theaterpädagogischen und gestalterischen Methoden in der Gedenkstätte Hadamar in: GedenkstättenRundbrief Nr. 137/Juni/2007, S. 27–36.
- 2 In der Gedenkstätte Hadamar fanden zwischen 1941 und 1945 ca. 15 000 Menschen im Rahmen des NS-Euthanasie-Programms gewaltsam den Tod. In der Gedenkstätte sind die ehemalige Busgarage, die ehemalige Gaskammer, der Sezierraum mit originalem Seziertisch, der Standort der Krematorien und der Friedhof, auf dem sich Massengräber befinden, erhalten.
- 3 Daraus entstand die Publikation: Kinder als Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte Hadamar. Ein Informations- und Materialheft. Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kassel 2002.
- 4 vgl. dazu die aktuellen Diskussionen auf der web site: http://lernen-aus-der-geschichte.de/drupal/sites/default/files/attach/ns_als_thema_in_der_grundschule.pdf
- 5 Vgl. dazu: Regine Gabriel: TatOrt Gedenkstätte: Kunstpädagogisches Arbeiten mit Kindern und Erwachsenen in der Euthanasie-Gedenkstätte Hadamar in: Birgit Dorner, Kerstin Engelhardt (Hrsg.): Arbeit an Bildern der Erinnerung. Ästhetische Praxis, außerschulische Jugendbildung und Gedenkstättenpädagogik. Dimensionen Sozialer Arbeit und der Pflege Bd.9, Lucius&Lucius, Stuttgart 2006, S.159–169.
Dies.: Gestalterisches und theaterpädagogisches Arbeiten in der Gedenkstätte Hadamar in: Standbein/Spielbein, Auf der Suche nach der Zielgruppe – Jugendkulturen und Museum, Museumspädagogik Aktuell, No.76, Dezember 2006, S. 48–52



Der überaus starke Willibald.
Theateraufführung am 9. November 2009 in Hadamar. Alle Fotos: Regine Gabriel

Neues Internetportal informiert über NS-Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg

Horst Seferens

Ein neues Internetportal informiert über »Orte der Erinnerung 1933–1945. Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen zur Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur in Berlin und Brandenburg«. Das Portal ist im Internet unter der Adresse www.orte-der-erinnerung.de zu finden. Es bietet erstmals einen umfassenden Überblick über die NS-Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg und über ihre vielfältigen Angebote und Aktivitäten.

In Berlin und Brandenburg gibt es eine Vielzahl von Gedenkstätten, Dokumentationszentren und zeithistorischen Museen, die an die nationalsozialistische Terrorherrschaft erinnern, ihre Geschichte dokumentieren und dem Gedenken an die Opfer gewidmet sind. Am authentischen Ort, in Ausstellungen und Museen können sich Besucherinnen und Besucher dem historischen Geschehen und den Menschen, die mit dieser Geschichte verbunden sind, nähern.

Als offene Lernorte mit einem breiten Angebot der politischen Bildungsarbeit bieten sie Einzel- und Gruppenbesuchern, Jugendlichen und Erwachsenen vielfältige Möglichkeiten, sich mit der nationalsozialistischen Diktatur und ihren Verbrechen, mit Opfern und Tätern auseinander zu setzen.

Das neue Portal bietet erstmals eine umfassende Übersicht über die Institutionen, einen gemeinsamen Veranstaltungskalender, vertiefte Informationen über sämtliche Dauer-, Sonder- und Wanderausstellungen sowie über alle Publikationen der NS-Gedenkstätten. Die enge Verbindung mit dem Internetportal Gedenkstättenpädagogik, das unter Federführung des Bildungsverbundes für die Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen e.V. entstanden ist, ermöglicht außerdem einen direkten Zugriff auf alle Formen der politisch-historischen Bildungsarbeit zur Geschichte des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg. Geplant ist, die Webseite im Laufe des Jahres 2010 weiter zu entwickeln, sie mit aktuellen Nachrichten zu versehen und weiteren Rubriken einzuführen.

Initiator der Internetportals www.orte-der-erinnerung.de ist der Arbeitskreis I der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten. Dem 1996 gegründeten Arbeitskreis gehören Gedenkstätten, Dokumentationszentren, Verfolgtenorganisationen und Initiativen aus den beiden Bundesländern an. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, die Aktivitäten seiner Mitglieder zu koordinieren und zu vernetzen sowie gemeinsame Anliegen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Zusammen mit dem Arbeitskreis II, der für die Zeit nach 1945 zuständig ist, organisiert er das jährlich stattfindende »Forum zeithistorische Bildung in Berlin-Brandenburg«.

Homepage: www.orte-der-erinnerung.de

Dr. Horst Seferens ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Gedenkstättenpädagogik und soziale Arbeit

Werner Nickolai

Sehr geehrte Leserschaft des GedenkstättenRundbriefs,

bitte erlauben Sie uns, Sie auf ein Projekt aufmerksam zu machen und zur Mitarbeit einzuladen:

Ziel des Projekts ist es, die Verknüpfung von Gedenkstättenpädagogik und sozialer Arbeit zu untersuchen. Zu erforschen sind etwa folgende Fragen: Was passiert, wenn sozial Benachteiligte eine Gedenkstätte an die Opfer des Nationalsozialismus besuchen? Solche Besuche organisiert z.B. der Verein »Für die Zukunft lernen – Verein zur Erhaltung der Kinderbaracke Auschwitz-Birkenau e.V.« seit 1993 – welche ähnlichen Projekte gibt es und welche Erfahrungen wurden dabei gemacht? Welche Erfahrungen machen Mitarbeiter von Gedenkstätten mit dieser Personengruppe? Welchen Stellenwert hat die Gedenkstättenpädagogik innerhalb der sozialen Arbeit und in der Aus- und Fortbildung von Sozialarbeitern? Ist es sinnvoll, rechtsextremistisch-gefährdete Jugendliche durch die Gedenkstätte Auschwitz zu führen und, wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Wir planen zunächst ein erstes Treffen im März 2011 zum Kennenlernen und zur Vorbereitung einer Arbeitstagung, die dann im März 2012 folgen soll und auf der die Fragestellung intensiv bearbeitet und diskutiert werden soll.

Diese Initiative wird getragen von der Katholischen Fachhochschule Freiburg (Prof. Werner Nickolai), Evangelischen Hochschule Freiburg (Prof.Dr. Wilhelm Schwendemann), Freiburger Institut für Menschenrechtspädagogik (Dr. Stephan Marks), Für die Zukunft Lernen – Verein zur Erhaltung der Kinderbaracke Auschwitz-Birkenau e.V. sowie Erinnern und Lernen e.V.

Mit diesem Schreiben möchten wir Kontakt aufnehmen mit Einrichtungen und Projekten, die Sozialarbeiter aus- oder weiterbilden oder Erfahrungen mit der Verknüpfung von Gedenkstättenpädagogik und sozialer Arbeit haben. Sollten Sie an dem ersten Treffen, das wir in Freiburg planen interessiert sein, so melden Sie sich bitte bei:

Prof. Werner Nickolai
Katholische Fachhochschule Freiburg
Karlstraße 63
79104 Freiburg

Rezension

Geschichten teilen.

Dokumentenossier für eine interkulturelle Pädagogik zum Nationalsozialismus

von Franziska Ehricht und Elke Gryglewski.

Herausgegeben von Miphgasch/Begegnung e.V. und der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz. Berlin 2009.

Akim Jah

■ In den vergangenen Jahren hat sich innerhalb der historisch-politischen Bildung die Erkenntnis durchgesetzt, dass bei der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus die veränderte gesellschaftliche Zusammensetzung, mithin der nichtdeutsche Familienhintergrund einer zunehmenden Zahl von Jugendlichen, Berücksichtigung finden muss. Der von Franziska Ehricht und Elke Gryglewski vorgelegte Dokumentenkoffer knüpft an diese Feststellung an und nimmt Erfahrungen auf, die die beiden Autorinnen in ihrer langjährigen konzeptionellen und pädagogischen Arbeit für den Berliner Verein Miphgasch/Begegnung e.V. bzw. im Haus der Wannseekonferenz gemacht haben.

■ Ehricht/Gryglewski gehen von der Tatsache aus, dass die Geschichte des Nationalsozialismus in der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach wie vor virulent ist. Nicht zuletzt wegen der fortwährenden Bezugnahme auf diese Geschichte und die damit verbundenen Fragen, etwa moralischer Art, sei es wichtig, die Geschichte des Nationalsozialismus zu kennen – und zwar unabhängig von der jeweils eigenen individuellen Herkunft bzw. Familiengeschichte. Dabei weisen die Autorinnen ausdrücklich darauf hin, dass die meisten Schüler nichtdeutscher Herkunft in Deutschland geboren wurden, weitgehend deckungsgleiche Fernseh-, Lese- und Unterhaltungsgewohnheiten haben wie ihre »deutschen« Mitschüler und das Interesse an der Auseinandersetzung mit Geschichte des NS eher abhängig vom Bildungshintergrund und Sozialstatus ist, als durch eine scheinbar starre über Familie oder Herkunft vermittelte Identität. Gleichwohl, so die Autorinnen, fühlen sich viele Schüler mit Migrationshintergrund bei der Beschäftigung mit der NS-Geschichte nicht angesprochen, wenn diese als Nationalgeschichte unterrichtet wird: »Wenn Pädagoginnen und Pädagogen aus dem schulischen und außerschulischen Bereich den Jugendlichen zu vermitteln versuchen, dass es eine besondere Verpflichtung der ›Tätergesellschaft‹ gibt, sich mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen, sprechen sie oft davon, dass die Nachkommen der Täter diese Verantwortung übernehmen müssen, und merken nicht, dass vor allem diejenigen, deren Familiengeschichte nicht in Deutschland beheimatet ist, sich ausgeschlossen fühlen.« (S.8 Begleitheft) Hinzu kommt, dass die Geschichte – und aktuelle Politik – der Herkunftsländer der Jugendlichen oftmals im Unterricht überhaupt nicht vorkommen.

Im Sinne einer »Pädagogik der Anerkennung« plädieren Ehricht/Gryglewski für pädagogische Konzepte, bei denen die geographischen Grenzen des Raums, in dem sich die nationalsozialistische Politik auswirkte, weiter als gewöhnlich gefasst wird. Entsprechend besteht der Dokumentenkoffer aus faksimilierten Dokumenten aus der NS-Zeit,

die sich vorwiegend auf Opfergruppen und Regionen beziehen, die in der Öffentlichkeit und in der pädagogischen Praxis bislang kaum Beachtung gefunden haben.

Der Koffer unterteilt sich in zehn Mappen, in denen je ein Unterthema behandelt:

- 1 Rassenideologie im Nationalsozialismus
- 2 Zwangssterilisation der Rheinlandkinder
- 3 Leben als Schwarzer im NS-Staat
- 4 Türkische Juden und der Holocaust
- 5 Juden Tunesiens unter deutscher Besatzung
- 6 Die Rettung türkischer Juden auf der Insel Rhodos
- 7 Die Rettung einer jüdischen Familie in Tunesien
- 8 Moslemische Helfer in Sarajevo
- 9 Das Massaker in Dostomo/Griechenland
- 10 Eine Flucht um die Halbe Welt

Die Dokumente stammen aus unterschiedlichen Archiven und Beständen und bilden verschiedene Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens der NS-Zeit ab. So findet sich in der 1. Mappe ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen verschiedenen Einrichtungen bzw. Privatpersonen, in dem es um die Zulässigkeit einer Ehe zwischen einer »Deutschen« und einem »Türken« geht. In der gleichen Mappe ist ein Auszug eines Briefes von Martin Bormann abgedruckt, in dem dieser die Behandlung der slawischen Bevölkerung Osteuropas (»Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben.«) durch die Deutschen darlegt. Die Zwangssterilisation der sogenannten Rheinlandbastarde wird anhand von Unterlagen des Gesundheitsamtes und der Gestapo zum Thema gemacht. Besonders interessant ist die 3. Mappe. Hier wird mit Briefen, Bescheinigungen und Bildern das Schicksal eines aus Deutsch-Ostafrika stammenden Afrodeutschen im nationalsozialistischen Deutschland zum Thema gemacht und dabei auch Bezüge zum deutschen Kolonialismus aufgezeigt. In der 4. Mappe werden Unterlagen des Auswärtigen Amtes aus dem Jahr 1943 über die Aufnahme von in Deutschland wohnenden ausländischen Juden in deren Heimatländer ergänzt durch die autobiographische Aussage eines in Berlin lebenden türkischen Juden. Die Mappen 5 bis 10 konzentrieren sich auf die Situation von Verfolgten im Mittelmeerraum, wobei Tunesien gleich zweimal Gegenstand ist. In der 5. Mappe zeigen behördliche Schriftstücke, Propagandaflugblätter sowie Auszüge aus Zeitzeugeninterviews und zeitgenössische Fotos die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Tunesiens während der deutschen Besatzung. Die 7. Mappe dokumentiert die Ehrung für einen Tunesier, der eine Gruppe von mehreren Juden vor dem Zugriff der Deutschen rettete. Auch in der 6. und 8. Mappe wird anhand verschiedener Dokumente wie Zeitungsausschnitte, Fotos und Erinnerungsberichte die Rettung von Juden erzählt: auf der Insel Rhodos durch den türkischen Konsul und in Sarajevo durch eine muslimische Familie. Das von der Wehrmacht und der SS im griechischen Distomo verübte Massaker an der Zivilbevölkerung wird anhand von verschiedenen zeitgenössischen offiziellen Berichten zum Thema gemacht. Die 10. Mappe schließlich

Die Abbildungen sind eine Auswahl
aus den Titelblättern der Arbeitsmappen des
Dokumentenkoffers.
Layout: Sabine Weber, hinkelsteindruck



«DER ZEITPUNKT SEINER ENTLASSUNG IST UNBESTIMMT.»

B. Mohamed Husen - Leben als Schwarzer im NS-Staat



«ARBEITSFÄHIGE
MÄNNLICHE JUDEN ZU
ARBEITSBATAILLONEN
ZUSAMMENGEFASST.»

Die Juden Tunesiens unter
deutscher Besatzung



*Ülkümen Selahattin
Turkey # 428*

«ICH WEISS,
DASS ER PERSÖNLICH
FÜR DIE RETTUNG MEINER FAMILIE
VERANTWORTLICH IST.»

Selahattin Ülkümen und die Rettung
türkischer Juden auf der Insel Rhodos

MATHILDE TURIEL
December 25, 1910

235 West 76th Street
New York, New York 10023
U.S.A.

Rhodes - under Italian
occupation
Housewife, married with two
children

Daniel Turiel (now deceased)
Bernard Turiel and Elliot Turiel
... to Rhodes when
citizenship
upon my



Lewadia, den 12.6.1944

Anlage zu O.B. Südost/c Nr. 298144

der Straße Lewadia - Arachawa am 1

«DIE TRUPPE HIELT SICH
MEHRERE STUNDEN IN
DEM ORT AUF, OHNE
DASS FEINDEINWIRKUNG
ERFOLGTE.»

Das Massaker in Distomo/Griechenland

enthält einen Zeitzeugenbericht über die spektakuläre Flucht eines polnisch-jüdischen Jungen in die Sowjetunion und von dort über Teheran nach Palästina.

Im Material finden sich viele bislang unveröffentlichte Quellen, die nicht nur für Schüler, sondern auch für manche Pädagogen neue Erkenntnisse und überraschende Zusammenhänge aufzeigen dürften. Ausführlich und übersichtlich erklärt werden die Quellen im beiliegenden Begleitheft. Umfangreiche Zusatzinformationen, wie z.B. eine interaktive Weltkarte, befinden sich auf der mitgelieferten DVD.

■ Da das Material sowohl bei verschiedenen Zielgruppen als auch in unterschiedlichen Seminarformaten eingesetzt werden kann, verzichten die Autorinnen bewusst auf die Formulierung von Arbeitsanweisungen. Auf fast sechs Seiten geben sie jedoch ausführliche Anregungen, wie das Material eingesetzt werden kann. Dabei gehen sie auch auf grundlegende konzeptionelle und methodische Überlegungen zur historisch-politischen Bildung ein. So zeigen sie die Fallstricke bei der Arbeit mit Archivquellen und Zeitzeugenberichten und problematisieren den Umgang mit der NS-Terminologie und der in Bildungsseminaren und im Schulunterricht häufigen Bezugnahme zum Nahostkonflikt durch Schüler und Schülerinnen. Zudem geben sie Beispiele, wie – um etwa einen Zugang zur Arbeit mit den Dokumenten zu schaffen – Bezüge zur Lebenswelt der Jugendlichen hergestellt werden können. Der Dokumentenkoffer eignet sich daher auch für Pädagogen, die eher unerfahren mit bzw. unsicher bei der Vermittlung der NS-Geschichte sind.

Die Quellen sind sowohl für die thematische Projektarbeit als auch – in Ergänzung zu Schulbüchern und anderem Material – im Geschichtsunterricht oder in der außerschulischen Bildung einsetzbar. Zielgruppe sind sowohl Schüler der Gymnasialstufe als auch der Haupt- und Realschulen. Dies ist besonders erfreulich, da pädagogisches Material zum Nationalsozialismus für sogenannte bildungsferne Jugendliche nach wie vor eine Ausnahme darstellt. Nicht zuletzt machen Ehricht/Gryglewski mit Verweis auf ihre Erfahrungen deutlich, dass sich diese für die Geschichte des NS durchaus interessieren und dass es lohnenswert ist, auch mit dieser Zielgruppe inhaltlich zu arbeiten. Wenn sie einen Zugang zum Thema finden und sich auf die Inhalte einlassen, so Ehricht/Gryglewski, können auch Hauptschüler eine größere Textmenge bewältigen.

Mit dem Koffer haben Ehricht/Gryglewski eine umfangreiche, thematisch weit gefächerte und theoretisch reflektierte Materialsammlung vorgelegt, die nicht nur den thematisch-geographischen Blick erweitert, sondern auch Anknüpfungspunkte an die Lebenswelten vieler Jugendlicher bietet. Dabei sind sich die Autorinnen der Grenzen dieses Ansatzes durchaus bewusst. So plädieren sie zwar dafür, persönlichen Erfahrungen der Jugendlichen, etwa Fluchterfahrungen in der eigenen Familie, Raum zu geben, warnen aber zugleich davor, Erlebnisse oder Erfahrungen der Teilnehmenden mit historischen Ereignissen gleichzusetzen oder »zwanghaft einen Rückbezug zum historischen Thema zu konstruieren.« (ebd., S. 14) Der Materialsammlung ist zu wünschen, dass sie oft Verwendung findet und dass sie, ganz im Sinne der Autorinnen, Anregungen für die weitere Beschäftigung mit Geschichte gibt.

Akim Jah ist Diplom-Politologe und als freier Bildungsreferent tätig.